



Kurt H. Böhmer
Kommandant der SS-Verfügungsbatterie
des 3. SS-Panzerkorps
im März 1945

Lebenslauf von Kurt H. Böhmer
Kurt H. Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Kurt H. Böhmer
Kurt H. Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.



Hans Böhmer
Kommandant der SS-Verfügungsbatterie
des 3. SS-Panzerkorps im März 1945

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Hans Böhmer
Hans Böhmer wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

**Kommandant
SS-Verfügungsbatterie
Die Täter**

Die SS-Verfügungsbatterie wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.



**SS-SONDERLAGER
HINZERT im Harz**

Das SS-Sonderlager Hinzert im Harz war ein Konzentrationslager für politische Gefangene. Es wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Das SS-Sonderlager Hinzert im Harz war ein Konzentrationslager für politische Gefangene. Es wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Das SS-Sonderlager Hinzert im Harz war ein Konzentrationslager für politische Gefangene. Es wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Das SS-Sonderlager Hinzert im Harz war ein Konzentrationslager für politische Gefangene. Es wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

Das SS-Sonderlager Hinzert im Harz war ein Konzentrationslager für politische Gefangene. Es wurde am 1. April 1908 in Berlin geboren. Er war ein deutscher Soldat und SS-Mitglied. Er war Kommandant der SS-Verfügungsbatterie des 3. SS-Panzerkorps im März 1945.

- 3 Rheinland-Pfalz: Die Zeit des Nationalsozialismus in
unserem Land. Dauerausstellung des Landes in der Gedenkstätte
»ehemaliges KZ Osthofen« bei Worms
von Hans Berkessel
- 18 KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland –
Selbstverständnis, Leitlinien, Organisationsprofil
von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland
- 21 Literaturhinweise
- 27 Die Arbeitslager für den Zwangseinsatz deutscher
und nichtdeutscher Juden im Dritten Reich
3. Kapitel: Zu den Arbeits- und Wohnlagern für deutsche
Juden im Altreich (1941–1943/44)
von Wolf Gruner
- 38 »Die Verfolgung von Kindern und Jugendlichen
im Nationalsozialismus« als Thema in Klasse 5 bis 7
von Hermann Kaienburg
- 45 Veranstaltungshinweise

Einlage

Einladung und Programm zum bundesweiten Gedenkstättenseminar
vom 21.–24. Mai 1998 in Bad Urach (Schwäbische Alb):
Umgang mit Orten jüdischer Geschichte – Erinnerung und
Aufklärung

Titelfoto:
Blick in die Ausstellung des Landes Rheinland-Pfalz in
der KZ-Gedenkstätte Osthofen: »Rheinland-Pfalz: Die Zeit des
Nationalsozialismus in unserem Land«.
Siehe dazu auch den Beitrag von Hans Berkessel in diesem Heft.

Rheinland-Pfalz: Die Zeit des Nationalsozialismus in unserem Land

Dauerausstellung des Landes in der Gedenkstätte »ehemaliges KZ Osthofen« bei Worms

von Hans Berkessel

Am 19. November 1996 wurde in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Osthofen, dem künftigen NS-Dokumentationszentrum des Landes Rheinland-Pfalz, von Ministerpräsident Kurt Beck die erste landesweite Ausstellung zur Geschichte des Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz eröffnet. Sie war von einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (LpB) erarbeitet worden, der Angelika Arenz-Morch (LpB), Uwe Bader (LpB), Hans Berkessel (Historiker und Pädagoge, Leiter der AG), Dr. Hedwig Brüchert (Historikerin/Universität Mainz), Dr. Diether Degreif (Hauptstaatsarchiv Darmstadt), Barbara Weiter-Matysiak (Kreisarchiv Trier-Saarburg) und – beratend – Hans-Georg Meyer (Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz) sowie Dr. Karl-Heinz Debus (Direktor des Landesarchivs Speyer) angehörten. Für die grafische und raumarchitektonische Umsetzung der Ausstellungskonzeption zeichneten Wieland Schmid und sein Mannheimer Atelier für Gestaltung verantwortlich.

Mehr als 300 Gäste, darunter überlebende ehemalige Häftlinge aus den Konzentrationslagern Osthofen bei Worms und Hinzert bei Trier, zahlreiche Historiker, Pädagogen sowie Politiker des Landes nahmen an der von einem großen Medieninteresse begleitenden Eröffnungsveranstaltung teil.

Mit dieser Dauerausstellung werden zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz Grundzüge, Lebensverhältnisse und Ereignisse der Zeit des Nationalsozialismus über einzelne Regionen hinaus landesweit dokumentiert. Mit Hilfe allgemein informierender Texte und einer Fülle von Text-, Bild- und gegenständlichen Exponaten aus allen Regionen des Landes können die Besucherinnen und Besucher ausgehend von ihrem Wohn- und Heimatbereich über das Geschehen in den benachbarten Regionen Verbindungen zur NS-Politik und zum Alltagsgeschehen im ehemaligen Deutschen Reich und in den im Krieg besetzten Ländern herstellen. Es wird deutlich, daß überall – auch vor der eigenen Haustür – Menschen aufgrund der Zustimmung, Gleichgültigkeit oder Angst breiter Bevölkerungsschichten durch den Terror der Nationalsozialisten ausgegrenzt, verfolgt, vertrieben und umgebracht wurden.

Grußwort des Ministerpräsidenten Kurt Beck

In seinem Grußwort anläßlich der Ausstellungseröffnung wies Ministerpräsident Beck auf die besondere Bedeutung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der politischen Bildungsarbeit hin und betonte die Chancen, die insbesondere das Medium einer Ausstellung wie diese dafür biete. Er führte unter anderem aus:

Dieser Beitrag ist die Fortsetzung und der Schluß der Berichte über die Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz, die im Rundbrief Nr. 79 mit einem Artikel von Angelika Arenz-Morch und Uwe Bader begonnen wurden.

»[...] Das ist nicht irgendein geschichtliches Ereignis, das sind Herausforderungen, denen wir uns immer wieder neu stellen müssen, die wir als Teil unserer heutigen Verantwortung in unser Handeln und Streben einführen müssen.

Es ist notwendig, daß man diese Mahnung nicht nur aus der Kenntnis der Geschichte, nicht nur aus den Ereignissen, wie sie in Büchern geschildert werden, [...] kennt, sondern daß man damit unmittelbar konfrontiert wird. Diese Ausstellung bietet dies. Sie macht greifbar, was sichtbar ist. Sie ermöglicht die gefühlsmäßige Verarbeitung. Man wird mit ganz konkreten Schicksalen durch Bilder und Erfahrungsberichte konfrontiert. Es ist möglich, sich damit zu identifizieren. Das gehört gerade dazu, wenn wir jungen Menschen diese Greuel und das, was daraus resultieren muß, deutlich machen wollen. [...]

Wir wissen auch, daß diese beiden Konzentrationslager, hier in Osthofen und in Hinzert, auch den zeitlichen Bogen dieser schrecklichen Jahre des Naziregimes umfassen. Hier in Osthofen hat es seinen Anfang genommen, und in Hinzert hat diese furchtbare Zeit einen schrecklichen Höhepunkt gefunden.

Wir sollten dies auch deshalb immer wieder deutlich machen, damit nicht der Eindruck bei jüngeren Menschen entsteht, damit nicht der Eindruck sich in Zukunft verfestigen kann, daß das, was an schrecklichen Stätten sich mit der Nazidiktatur verbindet, nur irgendwo in Polen oder im heutigen Tschechien oder in anderen Ländern, weit weg von uns, örtlich zu lokalisieren ist. Nein, solches hat auch hier bei uns stattgefunden. Deshalb ist es wichtig, diese beiden Stätten auch als solche der Nachwelt zu erhalten, und begreifbar zu machen, was sich hier abgespielt hat. Ich hoffe in diesem Sinne, daß diese Gedenkstätten auf uns wirken mögen. Ich hoffe auch, daß sie auf viele Menschen in unserem Land Rheinland-Pfalz und darüber hinaus wirken mögen. Das wünsche ich insbesondere auch dieser Ausstellung, verbunden mit dem Dank für die Vorbereitung und Durchführung derselben.«

*Blick in die Landesausstellung: im Vordergrund (von links) Philip Wahl, ehemaliger Osthofen-Häftling, Ministerpräsident Kurt Beck, Hans-Georg Meyer, Direktor der LpB und Hans Berkessel, Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe, bei einem Rundgang anlässlich der Eröffnung
Foto: Rudolf J. Uhrig*



Zur Konzeption der Ausstellung

Zwei Alternativen – Baustein oder Gesamtdarstellung

Die Notwendigkeit, das Konzept einer umfassenden landesweiten Dokumentation der NS-Zeit in einem vorläufigen Ausstellungsraum umzusetzen, der nur noch etwa die Hälfte der ursprünglich geplanten Ausstellungsfläche bot, zwang die Arbeitsgruppe dazu, eine grundlegende Entscheidung zu treffen: Sollten wir uns in dieser ersten Umsetzungsphase auf einen Baustein – etwa die Darstellung der Geschichte der beiden Konzentrationslager in Osthofen und Hinzert, gegebenenfalls noch ergänzt um die Themen »Verfolgung« und »Widerstand« – beschränken?

Oder war es – gerade auch im Blick auf die erwarteten und erwünschten jugendlichen Besucher und die Bedeutung des Ortes als der zentralen Gedenkstätte des Landes Rheinland-Pfalz zur NS-Geschichte – nicht unverzichtbar, auch die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen und die geistigen und ideologischen Grundlagen zu zeigen, die die Machtübernahme des 30. Januar 1933 ermöglichten, um den heute lebenden Generationen die Entstehung, die schnelle Etablierung und die breite Akzeptanz der nationalsozialistischen Diktatur besser begreiflich machen zu können. Bestand nicht gerade in der alltagsgeschichtlichen Herangehensweise eine Chance, auf die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von weitgehend angepaßter Mehrheit und ausgegrenzter Minderheit der Bevölkerung und die entsprechenden selektiven Realitätswahrnehmungen hinzuweisen und damit eine Lebensrealität sichtbar zu machen, die von der Faszination des NS-Systems durch umfassende Propaganda, wirtschaftliche Erfolge, billige Freizeitangebote im Rahmen des KdF-Programms und die Inszenierung einer sozialen »Volksgemeinschaft«, gleichermaßen aber durch die permanente Bedrohung mit einem für das System konstitutiven Gewaltpotential prägend war?

War es legitim, das Verfolgungs- und Vernichtungssystem des nationalsozialistischen Deutschland ohne Einbeziehung der dieses System verschärfenden Kriegssituation darzustellen? Prägte nicht der entbehrungsreiche Kriegsalltag sowie selbst oder in der Familie erfahrenes Leid als Folge des von Deutschland ausgegangenen und nun nach Deutschland zurückkehrenden Bombenkriegs ganz entscheidend das Bewußtsein und die Erinnerung bzw. Verdrängung (fremden Leids und eigener Schuld) dieser Zeit durch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung?

Schließlich: Durfte man eine landesweite Ausstellung über die NS-Zeit beenden, ohne die unmittelbare Nachkriegszeit, den Alltag in den Trümmern, die gescheiterte Entnazifizierung und die versäumte Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus nicht wenigstens thematisch anzureißen und die Aktualität von Antisemitismus, Rassismus und rechtsextremem Gedankengut sichtbar zu machen?

Wir haben uns auf der Grundlage wissenschaftlicher, vor allem aber pädagogisch-didaktischer Erwägungen für die umfassende Dokumentation entschieden, die die Darstellung der Vorbedingungen, des Alltags und der Nachwirkungen der NS-Zeit einschließt. Diese Entscheidung hat zudem ganz praktisch den Vorteil, daß die Konzeption der Ausstellung und ihre gestalterische Umsetzung bis hin zu den notwendigen Einbauten innerhalb der Raumarchitektur beim Umzug in den größeren und eigentlichen Ausstellungsraum weitgehend unverändert übernommen und dann vor allem durch gegenständliche Exponate und die Installation neuer Medien ergänzt werden können.

Leben im »Dritten Reich«

»Wir fühlten alle, wie tief und furchtbar die äußeren Mächte in den Menschen hineingreifen können, bis in sein Innerstes, aber wir fühlten auch, daß es im Innersten etwas gab, was unangreifbar war und unverletzbar.« *Anna Seghers*

Mit diesem Resümee des anonymen Erzählers, läßt die aus Mainz stammende Schriftstellerin Anna Seghers ihren weltberühmten, zwischen 1937 und 1939 im französischen Exil geschriebenen und 1942 in deutscher Sprache in Mexiko erstveröffentlichten Roman von der Flucht der sieben Häftlinge aus dem Konzentrationslager »Westhofen« enden. Gemeint ist hier als historischer Ort der Handlung in offenbar bewußter und modellhafter Verfremdung das Konzentrationslager Osthofen.

Dieses Resümee bezeichnet recht gut das Spannungsverhältnis, in dem sich viele Menschen während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft befanden: zwischen der permanenten Bedrohung durch die Terrorinstrumente des NS-Staates und dem Festhalten an einer universalen Moral der Menschlichkeit. In der fiktiven Welt des Romans geraten zahlreiche Menschen durch die Begegnung mit dem Protagonisten, dem Flüchtling Georg Heisler, in Konfliktsituationen, in denen sie sich – aus unterschiedlichsten Motiven – eindeutig für oder gegen dessen Unterstützung und damit für oder gegen das nationalsozialistische System entscheiden und dabei bereit sein müssen, alle Folgen für sich selbst und ihre Familien auf sich zu nehmen.

In der Realität des »Dritten Reiches« aber war nur eine Minderheit bereit, diskriminierten und verfolgten Menschen aktiv zu helfen und sich damit gegen das NS-Regime zu entscheiden.

In der überwiegenden Mehrheit lebten die Deutschen in der scheinbaren »Normalität« des vermeintlich »politikfreien« Alltags, also auch tatsächlich weitgehend integriert in die von den Nationalsozialisten propagierte »Volksgemeinschaft«, die ihren »gläubigen« oder angepaßten Mitgliedern vielfältige Auszeichnungen, materielle Vorteile und Aufstiegsmöglichkeiten bot. Diese nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« setzte aber die Ausgrenzung und später die »Ausmerzungen« von Minderheiten



Wie überall im Reich werden schon kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten jüdische Bürger in entwürdigender Weise zu Reinigungsarbeiten gezwungen, hier in Alzey zum Abwaschen von Wahlparolen der Opposition.
Foto: Hans Berkessel

(politische Gegner, Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Homosexuelle, sogenannte »Fremdrassige« etc.) voraus.

In der Alltagsrealität des sogenannten »Dritten Reiches« befanden sich viele Menschen in einer teilweise unübersichtlichen »Gemengelage« zwischen aktivem Mitmachen und passiver Anpassung, zwischen privater Verweigerung und kollektivem Widerstand.

Die Ausstellung, die in ihrem zentralen Teil der Geschichte der Leidenstätten und der Verfolgung gewidmet ist, bemüht sich daher um einen offenen, differenzierten Gebrauch des Begriffs »Widerstand«, der »Schwarz-Weiß-Bilder« vermeidet und – in deutlicher Kontrastierung – um eine angemessene Darstellung des Alltags der Mehrheitsbevölkerung.

Inhaltliche Struktur

Die Ausstellung besteht aus insgesamt sieben Abteilungen, die jeweils noch in bis zu fünf Stationen gegliedert sind. Am Anfang jeder Abteilung stehen ein Leittext, der die Basisinformationen zur reichsweiten Entwicklung vermittelt sowie ein großformatiges Foto, das für den Themenschwerpunkt der Abteilung signifikant ist. Die Stationstexte versuchen die Darstellung der reichsweiten und der regionalen Entwicklung zu verknüpfen. Die Exponate selbst, also Fotos, Dokumente und gegenständliche Ausstellungsstücke, stellen die Verbindung zum lokalen Raum her, wobei – soweit dies die Quellenlage erlaubte – auf eine angemessene Berücksichtigung der einzelnen Teile und Regionen des Landes geachtet wurde.

Im Zentrum der Ausstellung steht die Geschichte der beiden zentralen Gedenkstätten des Landes, des ehemaligen Konzentrationslagers Osthofen bei Worms und des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert in der Nähe von Trier, an denen beispielhaft Anfänge und Ende der NS-Diktatur auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz dargestellt werden.

Dieser auch durch die räumliche Gestaltung als abgetrennter Bereich in der Mitte des Ausstellungsraums mit festen Einbauten gegenüber den beweglich zwischen den Seilen hängenden Tafeln, Objekten und Bildern im äußeren Bereich deutlich hervorgehobene Schwerpunkt wird durch allgemeine und regionale historische Informationen zum »System der Konzentrationslager« in Europa und Rheinland-Pfalz ergänzt (Abteilung V).

Dabei wird auf einer Europa-Karte die Ausbreitung des KZ-Systems während des Krieges gezeigt, wobei das unterlegte Streckennetz der Reichsbahn und das einmontierte Foto der Gleisanlage von Auschwitz verdeutlichen, daß lokale Verfolgungsmaßnahmen immer mit der Perspektive von Deportation und Vernichtung in einem der (ost-)europäischen Konzentrations- oder Vernichtungslager verbunden waren, wohin über Zwischen- und Sammelstationen Züge aus allen Städten des Reiches rollten. Die Rheinland-Pfalz-Karte zeigt zusätzlich das dichte Netz der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Außenlager, Zwangsarbeiterlager, »Euthanasie«- und anderen Leidenstätten auf dem Gebiet dieses Bundeslandes nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand und macht deutlich, daß Maßnahmen und Opfer des NS-Terrors nicht nur in den fernen Großstädten und Konzentrationslagern, sondern praktisch in jedem Ort, in jeder Region sichtbar waren.

*Bild links:
 Blick in die Abteilung
 Va: Das KZ Osthofen
 Bild links:
 Blick in die Abteilung
 Vb: Das SS-Sonder-
 lager/KZ Hinzert;
 Häftlinge bei
 der entwürdigenden
 Prozedur des sog.
 »Läuseappells«,
 im Vordergrund ein
 authentischer Schmel
 aus den Überresten
 der Lagerbaracke
 Fotos: Hans Berkessel*



In einer kleinen Inszenierung – ein »Guckkasten«, mit schwarzem Tuch bespannt, gibt den Blick auf ein schwach beleuchtetes Foto eines Verbrennungsofens frei – wird ein Ausblick auf die Dimension des Holocaust als millionenfaches »maschinell« betriebenes Morden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermöglicht, der die visuelle Verknüpfung von lokaler Verfolgung und globaler »Endlösung« außerhalb des regionalen Erfahrungsbereiches herstellen soll.

Im inneren Bereich wird auf den gegenüberliegenden Seiten jeweils korrespondierend über die Geschichte der beiden Lager, die dort eingesperrten Häftlinge und ihre Zugehörigkeit zu den verschiedenen politischen oder nationalen und anderen Gruppen, über den Lageralltag sowie über das Verhalten der Bevölkerung und, im Falle von Hinzert, über die brutale Ermordung größerer Gruppen von Häftlingen informiert. In besonders gestalteten Nischen werden mit Hilfe von Zeitzeugenaussagen, Dokumenten und Fotos exemplarische Biographien von Opfern/Häftlingen bzw. Tätern/Lagerpersonal vorgestellt.

So wird z.B. für Osthofen die Biographie des aus einer alteingesessenen und angesehenen jüdischen Osthofener Familie stammenden Ludwig Ebert dargestellt, der als ehemaliger Direktor der Papierfabrik Osthofen AG, die 1933 von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und in deren Hallen das spätere KZ eingerichtet wurde, zugleich zu den ersten Häftlingen gehörte. Auch das Ausweichen von Osthofen nach Worms und Frankfurt und später die Emigration nach Holland konnten ihn nicht vor der Deportation und Ermordung in Auschwitz im März 1944 bewahren – ein typisches jüdisches Schicksal.

Eine andere Biographie stellt den wohl bekanntesten Osthofen-Häftling, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Widerstandskämpfer des »Kreisauer Kreises«, Carlo Mierendorff, vor, der zusammen mit Kurt Schumacher im Kreis der sogenannten »militanten Sozialisten« zu den entschiedensten und, nicht zuletzt wegen

seiner aktiven Rolle bei der Aufdeckung der NS-Putschpläne der sogenannten »Boxheimer Dokumente«, zu den meistgehaßten Gegnern der Nationalsozialisten zählte, die ihn schon bei seiner Gestapo-Verhaftung in Darmstadt und dann im KZ Osthofen auf übelste Weise mißhandelten.

In der Mitte des Lagerbereichs der Ausstellung, in Verbindung mit der Darstellung des KZ Hinzert, werden exemplarisch zwei Täterbiographien vorgestellt: die des Hinzert Lagerkommandanten (vom 1. Mai 1942 bis Januar 1945) Paul Sporrenberg und seines Wachmanns Georg Schaaf, von den Häftlingen wegen seines besonders brutalen Verhaltens »Iwan der Schreckliche« genannt. (Die Diaprojektion einer Häftlingszeichnung auf den Boden der angedeuteten Häftlingsstube vermittelt einen authentischen Eindruck von den Quälereien, denen die Häftlinge durch die NS-Schergen ausgesetzt waren.) Die Informationen, die die Texttafeln zusammen mit einmontierten authentischen Zeitzeugenaussagen zu den bestialischen Quälereien und Morden über diese beiden Täter vermitteln, werden ergänzt um einige Gesichtsstudien, die die Frage nach der typischen Täterphysiognomie bzw. nach Spuren des sadistischen Verhaltens in den Gesichtszügen aufwerfen.

Innerhalb der Darstellung beider Bereiche ist es für den Betrachter möglich, sich selbst mittels eines dort installierten Glasspiegels unter die Opfer bzw. Täter versetzt zu sehen. Dies kann Assoziationen darüber freisetzen, wie man sich selbst in der einen oder anderen Rolle jeweils verhalten hätte.

In den Boden beider KZ-Bereiche sind begehbare Glasvitrinen eingebracht, die Erde aus deren Umgebung und einige Detailfundstücke der Lagergebäude und -einrichtungen enthalten, um so zugleich Authentizität der dargestellten KZ-Geschichte und des historischen Ortes der Ausstellung sowie Distanz zum modernen Ausstellungsraum zu verdeutlichen. (Abteilung Va und Vb).

Eine weitere Inszenierung erlaubt Einblicke durch das Fenster der nur angedeuteten Lagerbaracke in die bewußt nicht naturalistisch sondern zurückhaltend verfremdet gestaltete Wohnstube einer ganz normalen Familie. Auch aus der »bürgerlichen Stube«, hier stellvertretend für das Alltagsleben der Bevölkerung gewählt, sind umgekehrt Einblicke in die Lagerrealität möglich. Hierdurch soll auf die unterschiedlichen Realitäten für die weitgehend integrierte Mehrheit und die ausgegrenzten, verfolgten Minderheiten und deren jeweilige Wahrnehmung hingewiesen und die Haltung eines Großteils der deutschen Bevölkerung verdeutlicht werden, der zwar durchaus (vom größten Teil des NS-Terrors) wissen konnte, aber davon nichts wissen wollte. Auf ein Detail dieser Inszenierung, die neben einfachem Tisch und Stuhl, Volksempfänger und Hitler-Porträt auch eine Winterhilfswerk-Sammelbüchse zeigt, soll noch hingewiesen werden: Auf dem Tisch befindet sich eine rustikale Tischdecke, die, neben anderen Ornamenten, zahlreiche kleine Hakenkreuzornamente zeigt und bis kurz vor der Ausstellungseröffnung (wie selbstverständlich!) noch im Gebrauch der Familie des Leihgebers war.

Durch diese Inszenierung ist zugleich der Übergang zur Darstellung der von den Nationalsozialisten inszenierten »Volksgemeinschaft« und des Alltagslebens der Mehrheit der deutschen Bevölkerung (Abteilung III) geschaffen, die im Kontrast steht zu der Darstellung von Entrechtung, Verfolgung und Ermordung politischer Gegner oder gesellschaftlich diskriminierter Minderheiten und der Widerstandsaktivitäten politischer, militärischer und kirchlicher Gruppen und Einzelpersonen (Abteilung IV).

Bild links:
 Inszenierung »bürgerliche Wohnstube« mit
 einfachem Tisch,
 »Volksempfänger« und
 Hitler-Porträt als
 Bronzerelief
 Bild rechts:
 Detail der Wohnstu-
 beninszenierung: eine
 Tischdecke mit Haken-
 kreuzen als Grund-
 muster, die bis kurz vor
 Ausstellungseröffnung
 noch im alltäglichen
 Gebrauch war
 Fotos: Hans Berkessel



Dabei wird in den Autorentexten und durch die zahlreichen regionalhistorisch exemplarischen Dokumente der Versuch unternommen, die seit der Machtübernahme kontinuierlich steigende Zustimmung der Bevölkerung zum NS-Regime aufgrund dessen wirtschaftlicher und außenpolitischer Erfolge nachvollziehbar zu machen, ohne die damit verbundene, immer umfassendere politisch-ideologische Formierung der gesamten Gesellschaft, die etwa im großformatigen Foto der marschierenden Reichsarbeitsdienstkolonnen signifikant hervortritt, und die verschärfte Ausgrenzung der Minderheiten demgegenüber zu vernachlässigen.

In den einzelnen Stationen der dritten Abteilung werden die Themen »Arbeit und Freizeit«, »Propaganda und Selbstdarstellung des NS-Staates«, »Hitlerjugend und Erziehung«, »Schule im NS-Staat«, »Frauenbild und Frauenleben im Nationalsozialismus« und schließlich »Die Kirchen im NS-Staat« dargestellt. Besonderer Raum wird dabei der Freizeitorganisation des NS-Staates mit zahlreichen Sportveranstaltungen auf lokaler und regionaler Ebene bis hin zu der auch im Ausland als Höhepunkt der gelungenen Selbstdarstellung des nationalsozialistischen Deutschland bewerteten Ausrichtung der Olympischen Spiele 1936 in Berlin und den umfangreichen Angeboten an Vergnügungsfahrten und Auslandsreisen der KdF-Feierabendorganisation der Deutschen Arbeitsfront (DAF) gegeben, an denen bis 1939 mehr als 7 Millionen Deutsche teilnahmen, die Zahl der Tagesausflügler lag bei etwa 35 Millionen. Hiermit und mit den kontinuierlichen Veranstaltungsangeboten im Rahmen des nationalsozialistischen Feierjahres, das traditionelle Feste wie Erntedank zu Selbstinszenierungen ebenso nutzte wie Reichsparteitage und zahllose örtliche und regionale Veranstaltungen, und auch bei Sammelaktionen und Eintopfsonntagen lokale Prominenz, z.B. die Mainzer Ranzengarde geschickt einsetzte, gelang es dem NS-Regime die »Volksgenossen« bei Laune zu halten, »Volksgemeinschaftserlebnisse« sinnfällig zu vermitteln und sie von den Alltagsorgen oder von der kritischen

Hinterfragung der ideologischen Basis oder den in Teilbereichen allgemein erfahrenen Ausgrenzungen und Verfolgungen von Minderheiten abzulenken.

Hervorgehoben wird auch die besondere Bedeutung, die der nationalsozialistische Staat der Erziehung der Jugend in Schule und Hitlerjugend beimaß. Eindrucksvolle Bilder von HJ-Aufmärschen aus allen größeren Städten des Landes, die Instrumentalisierung der Ferienlager- und Pfadfinder-Romantik, die permanenten Fahnenappelle und Sammelaktionen von NSV und Winterhilfswerk in den Schulen und schließlich als exemplarisches Beispiel die feierliche Verleihung des Namens »Hermann-Göring-Schule« an ein Mainzer Realgymnasium auf Wunsch von Schüler-, Lehrer- und Elternschaft zeigen die ideologische Formierung, aber auch die zu einem erheblichen Teil von jugendlichem Idealismus getragene begeisterte Zustimmung zum NS-System anschaulich am lokalen Beispiel.

Besonders schwierig und brisant ist noch heute die Darstellung der Rolle der Kirchen im NS-Staat. Während die herrschende Tradition der Kirchengeschichtsschreibung noch immer die Resistenz im organisatorischen Bereich (im Sinne einer Besitzstandswahrung) und den mutigen Widerstand einzelner Geistlicher in religiösen Fragen oder am Beispiel der sogenannten »Euthanasie-Aktion« ins Zentrum rückt, versucht die Ausstellung hier ein differenzierteres Bild zu zeichnen. Sowohl geistig-ideologische Übereinstimmungen (z.B. in der Evangelischen Kirche in Fragen nationalistischer und antimarxistischer Positionen) als auch konkrete Formen der Kooperation (etwa am Beispiel des SA-Ordnungsdienstes bei der Heilig-Rock-Ausstellung der katholischen Kirche in Trier 1933) werden hier dargestellt und in Kontrast gesetzt zu der sich unmittelbar anschließenden Station »Resistenz und Widerstand innerhalb der Kirchen« der vierten Abteilung, in der die Rolle der »Bekennenden Kirche« und des »Pfarrer-Notbundes« ebenso angesprochen werden, wie die Verfolgungsmaßnahmen gegen (Jugend-)Organisationen der Katholischen Kirche und der Widerstand aus deren Reihen, der nicht immer von den Kirchenleitungen unterstützt wird.

Daneben bilden in der vierten Abteilung »Die Verfolgung und Ermordung der Juden«, »Der Völkermord an den Sinti und Roma«, »Die Vernichtung »minderwertigen« Lebens« (im als »Euthanasie« verbrämten Mordprogramm der sogen. T4-Aktion), die



*Blick in die Ausstellungsabteilung III: »Volksgemeinschaft« und Alltagsleben, im Vordergrund marschierende RAD-Formation in Koblenz
Foto: Hans Berkessel*

Darstellung des »politischen und militärischen Widerstands in Deutschland« die Stationsschwerpunkte. Im Gegensatz zu der lokal und regional relativ gut aufgearbeiteten Geschichte der Judenverfolgung werden mit der Darstellung des Völkermords an Sinti und Roma und vor allem mit der Geschichte der sogenannten »Euthanasie« und ihrer Opfer neue Kapitel in der NS-Geschichte des Landes aufgeschlagen. Liegen dank der Kooperation mit dem Landesverband und dem Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma zur Geschichte insbesondere der Pfälzer Sinti inzwischen zahlreiche Forschungsergebnisse und Dokumente vor, so steht die Erforschung der Rolle etwa der Heil- und Pflegeanstalten aber auch der anderen Krankenhäuser auf rheinland-pfälzischem Gebiet als Orte der Zwangssterilisierung und Zwischenstationen des T4-Mordprogramms erst am Anfang. Hier gewährt die Ausstellung erste Einblicke am Beispiel der Anstalten in Klingenmünster und Alzey und präsentiert ein bewegendes Einzelschicksal, das die ganze Brutalität des Verfahrens und die Ausweglosigkeit der Situation der einmal erfaßten und stigmatisierten Opfer verdeutlicht.

Nicht viel besser sieht es im Unterschied zu anderen Bundesländern mit der Erforschung der Geschichte des Widerstandes und der an ihm beteiligten unterschiedlichen politischen Gruppierungen und Einzelpersonen aus. Die Ausstellung beschränkt sich hier auf einige exemplarische Beispiele, die aber nach dem Umzug in den größeren eigentlichen Ausstellungsraum ergänzt und durch zusätzliche Materialien deutlich erweitert werden sollen.

Insgesamt zielen inhaltliche Konzeption und ausstellungsarchitektonische Gestaltung der beiden Abteilungen darauf, wechselseitige Einblicke in diese unterschiedlichen Lebenssituationen und Realitätswahrnehmungen von Minderheit und Mehrheit zu vermitteln.



*Eindrücke von der Selbstinszenierung und Propaganda des NS-Staates:
oben links: feierliche Einweihung des Weintors in Schweigen; Noch heute gilt vielen Zeitgenossen die Begründung der »Deutschen Weinstraße« durch den pfälzischen Gauleiter Bürckel als gelungene Wein-tourismus-Werbung.
unten links: Erntedankfest in Westum/Kreis Ahrweiler in den 30er Jahren;
oben rechts: Eintopfessen mit der Mainzer Ranzengarde
Foto: Hans Berkessel*

Eingeleitet wird dieser Komplex durch die Darstellung der außenpolitischen und ökonomischen Faktoren und der geistigen Traditionen, die zur Zerstörung der Weimarer Republik führten und die Entstehung der NS-Bewegung begünstigten (Abteilung I). Dabei werden neben den ökonomischen Rahmenbedingungen wie Massenarbeitslosigkeit und Inflation die regional besonders wahrgenommenen Belastungen der französischen Besatzung sowie die Separatistenunruhen dargestellt, die den Nationalsozialisten in ihrer Agitation gegen den Versailler Friedensvertrag sehr gelegen kamen. Aber auch Ansätze zur Verteidigung der von vielen Zeitgenossen ungeliebten Weimarer Republik werden am lokalen Beispiel etwa der Auseinandersetzungen zwischen Reichsbanner-Verbänden und SA-Trupps nicht unterschlagen, auch um dem Eindruck der Zwangsläufigkeit der Zerstörung der Weimarer Republik ohne Alternative entgegenzuwirken.

Im Überblick und an regionalen und lokalen Beispielen wird gezeigt, wie nach der sogenannten »Machtergreifung« durch Verbot oder Gleichschaltung aller nicht nationalsozialistischen Organisationen und durch eine Fülle neuer Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen die Errichtung der NS-Diktatur organisiert und propagandistisch unterstützt wurde. Besonders »beeindruckende« Fotos sind hierbei die mit der Eröffnung des Reichstages verbundene Durchführung des sogenannten »Tages von Potsdam« in Worms, bei dem der Wormser Marktplatz vor begeisterten Teilnehmern überquoll, und die Feier des 1. Mai 1933 in Neustadt a.d. Haardt. Hier wird in einem Zwei-Phasen-Foto die unterschiedliche, bereits angepaßte Reaktion derselben Bevölkerung beim Vorbeimarsch der Partei- und SA-Formationen einerseits – Hitlergruß und Heil-Rufe – und der städtischen Arbeiter- und Angestellten andererseits – neutrale Reaktion ohne NS-Symbolik – gezeigt (Abteilung II).

Anschließend an den Zeitraum 1934–1939 und z.T. parallel zur Darstellung der Geschichte der beiden rheinland-pfälzischen Konzentrationslager wird die Zeit des Zweiten Weltkrieges vor allem aus der Alltagsperspektive der heimischen Bevölkerung dargestellt. Hier stehen die mit der Evakuierung der Bevölkerung aus der »Roten Zone« oder die mit der immer schwierigeren Lebensmittelversorgung und den Folgen der Bombenangriffe verbundenen Probleme im Vordergrund. Es wird aber auch Wert darauf gelegt, angesichts der alliierten Bombardierungen deutscher Städte, an die vorausgegangenen deutschen Terrorangriffe auf europäische Städte wie London, Coventry, Rotterdam, Warschau, Leningrad, Kiew und viele andere mehr zu erinnern.

Unter einem großformatigen Foto des zerstörten Warschau findet sich die Eintragung Bertolt Brechts in seiner »Kriegsfibel«:

»Das sind die Städte, wo wir unser Heil
Den Weltzerstörern einst entgegenrührten
Und unsere Städte sind auch nur ein Teil
Von all den Städten, welche wir zerstörten«

Auch das Schicksal der insgesamt über 9 Millionen Menschen, die z.T. mit brutaler Gewalt besonders aus den besetzten Ländern Osteuropas zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden und die Kriegsverbrechen von Angehörigen der SS aber auch von Wehrmachteinheiten als Folge des rassenideologisch begründeten Raub- und Vernichtungskrieges im Osten werden thematisiert (Abteilung VI).

Abschließend werden in einem kurzen Aufriß die Verdrängung dieser Vergangenheit nach Kriegsende (»Zweite Schuld«) sowie die Rolle der alliierten Besatzungsmächte und der deutschen Behörden bei der sogenannten »Entnazifizierung/Reeducation« dargestellt. Schließlich wird auf aktuelle Erscheinungen wie Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verwiesen (Abteilung VII).

Grafische und raumarchitektonische Gestaltung

Die Entscheidung der Arbeitsgruppe für eine umfassende Dokumentation, die die Darstellung der Vorbedingungen und der Nachwirkungen der NS-Zeit einschließt sowie die gänzlich andere Ausstattung und Atmosphäre des vorläufigen Ausstellungsraums hatten weitreichende Auswirkungen auf die Ausstellungsarchitektur und -gestaltung. So war die grundsätzliche gestalterische Entscheidung, alle Einbauten und Ausstellungselemente, die Identifikation oder Anpassung an den Nationalsozialismus dokumentieren, in einen spitzen Winkel zur Raum-Architektur zu stellen, während Dokumente der Verweigerung und des Widerstands der Raum-Architektur folgen, einerseits von der Zielsetzung geprägt, den Widerspruch zwischen Nationalsozialismus und Menschenwürde zu betonen.

Andererseits bot sich hiermit eine willkommene Möglichkeit der Auflockerung und abwechslungsreicheren Gestaltung einer ansonsten durch den knappen Raum notwendig sehr dichten Ausstellung. Außerdem entstehen durch den spitzen Winkel offene Kleinräume, die den Besucherinnen und Besuchern die intensive und vertiefende Erschließung einzelner Themen oder die Beschäftigung mit Opfer- oder Täterbiographien erleichtern.

Weiter zwang das Provisorium des vorläufigen Ausstellungsraums zu einer Ausstellungsarchitektur, die, als selbsttragende und auf Betonsockel ruhende Stahlkonstruktion mit eingezogener Zwischendecke realisiert, einen deutlichen Kontrast zur angenehmen, neutralen Atmosphäre des später zu Archivierungszwecken genutzten Raumes darstellt.

Auch ein weiteres gestalterisches Element der Ausstellung, das Trägersystem, das aus senkrecht vom Boden bis zur Decke an kräftigen Haken gespannten Drahtseilen besteht und symbolisch auf die gewaltbetonte Wesensstruktur des Nationalsozialismus verweisen soll, hat den unschätzbaren Vorteil gegenüber massiven Ausstellungsstafeln, selbst bei einer großen Fülle von Tafeln und Exponaten den Eindruck von Durchlässigkeit zu vermitteln und das Gefühl der Enge des Raums abzumildern.

Dennoch bietet die gewählte Ausstellungskonzeption und ihre Umsetzung auf engem Raum, eine Fülle von Informationen und fordert damit ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Lesebereitschaft, wenn man sich die Ausstellung in einem Durchgang erschließen will. Dies ist für den interessierten Einzelbesucher, der ausreichend Zeit mitbringt, sicherlich möglich. Für Gruppen, insbesondere jugendlicher Besucher, empfiehlt sich eine an exemplarisch herausgehobenen Exponaten orientierte fachkundige und pädagogisch-didaktisch ausgerichtete Führung oder eine durch Frage- oder Arbeitsbögen geleitete Erschließung einzelner Ausstellungsabteilungen oder Schwerpunktthemen in kleinen Gruppen. Diese müßte durch zusätzliche kleinere Handreichungen etwa in Form von Dokumentkopien ggf. mit Arbeitshinweisen ergänzt werden.

Hierzu werden im nächsten Jahr endlich die Räumlichkeiten so hergerichtet, daß darin Arbeitsgruppen an ausgewählten Materialien arbeiten und Ausstellungseindrücke diskutieren können.

Insgesamt bietet die jetzt gewählte Ausstellungsarchitektur und -gestaltung den unbestreitbaren Vorteil, daß diese Ausstellung - nach Abschluß der Gebäudesanierung - vollständig in den größeren Ausstellungsraum umziehen kann, ohne daß an den Grundstrukturen Änderungen erfolgen müssen. Die auch für eine erweiterte Ausstellungsfläche ausreichenden Einleitungs- und Stationstexte der einzelnen Abteilungen können dann den Kern einer um gegenständliche Exponate, um kontrastierende Inszenierungen und um elektronische Medien ergänzten Präsentation bilden.

Der historische Ort der Ausstellung – das ehemalige KZ Osthofen

Das erste Konzentrationslager im damaligen Volksstaat Hessen war Anfang März 1933 von örtlichen Nationalsozialisten mit Billigung des hessischen Polizeipräsidiums in einer leerstehenden Papierfabrik der rheinhessischen Kleinstadt Osthofen errichtet worden, die von der NSDAP kurzerhand von ihrem jüdischen Besitzer, dem Osthofener Fabrikanten Ludwig Ebert, beschlagnahmt worden war. Die Papierfabrik befand sich direkt neben dem Bahnhof der viel befahrenen Bahnlinie von Mainz nach Worms, so daß nicht nur die örtliche Bevölkerung sondern auch alle Bahnreisenden anhand der weithin sichtbaren Aufschrift »Konzentrationslager Osthofen« und der gehißten Hakenkreuzfahne von der Existenz des Lagers Kenntnis bekamen. Im Unterschied zu den späteren Konzentrations- und Vernichtungslagern im Osten, deren Existenz und Funktion das NS-Regime zu verschleiern suchte, sollte hier die öffentliche Präsenz auch der Abschreckung und Einschüchterung der Bevölkerung dienen. Dazu trugen zahlreiche Presseartikel der regionalen Zeitungen bei, die in rascher Folge seit März 1933 erschienen.

Durch diese Presseartikel und durch Berichte von deutschen Emigranten aus dem Rhein-Main-Gebiet war auch der bereits im Frühjahr 1933 nach Paris emigrierten Mainzer Schriftstellerin, Jüdin und Kommunistin Anna Seghers, die Existenz des Konzentrationslagers Osthofen bekannt. Wohl aus denselben Gründen hat die Schriftstellerin bei der Gestaltung der Romanhandlung um die Flucht von sieben Häftlingen das Rhein-Main-Gebiet als Ort des Geschehens gewählt, dessen Topographie sie aus ihrer Jugendzeit genauso gut kannte wie Lebens- und Arbeitsverhältnisse und Mentalität seiner Bewohner. So gelang es ihr auch, den Fluchtweg der sieben Häftlinge so genau zu beschreiben, daß man ihn noch heute in den einzelnen Stationen zurückverfolgen kann. Wenn das Lager im Roman »Das siebte Kreuz« in gewollter Verfremdung »Westhofen« heißt, dann wohl, weil es der Autorin nicht um die historisch korrekte Beschreibung des Lagerlebens in Osthofen, sondern um die exemplarische Darstellung von Verfolgung und Widerstand, von Anpassung und Verweigerung, von politischer Aktion und menschlicher Hilfe ging. Das KZ des Romans gleicht also als Typ mehr den späteren Lagern wie Dachau und Buchenwald, in denen die physische Vernichtung von Menschen an der Tagesordnung war, während sich im frühen »Umerziehungslager« Osthofen die Behandlung der Häftlinge noch auf inhumane Demütigungen, Mißhandlungen und schlechte Ernährung beschränkte. Die überregionale Bekanntheit des ehemaligen Konzentrationslagers in Osthofen (und damit auch die

überregionale Bedeutung der heutigen Gedenkstätte) geht aber zum größten Teil auf dessen Behandlung im »Siebten Kreuz«, einem der besten und auch hinsichtlich seiner Verbreitung erfolgreichsten Exilromane über das »Dritte Reich« zurück. Die Tatsache, daß in dem realen KZ Osthofen solche wie im Roman geschilderten Verbrechen - mutmaßlich nur aufgrund seiner kurzen Existenzzeit - nicht stattgefunden haben, war und ist bis heute unter der örtlichen Bevölkerung Anlaß für Irritationen und Ablehnung der Bezeichnung »Gedenkstätte ehemaliges KZ Osthofen«, was nicht zuletzt auch in der »neutralen« Ausschilderung »Zur Gedenkstätte« zum Ausdruck kommt, die dem Besucher den Weg zum ehemaligen KZ weist. Die fiktive künstlerische Darstellung des Alltagslebens unter dem Hakenkreuz, wie sie sich im Roman findet, ist aber, wie es der in den USA lehrende Literaturwissenschaftler Alexander Stephan treffend formuliert, in einem umfassenderen Sinn wirklichkeitsnah: »Nicht das, was im KZ Westhofen oder in der Bezirksleitung der Widerständler vor sich geht, steht für sie im Zentrum, sondern das leise, von vielen unbemerkte Eindringen der nationalsozialistischen Denk- und Verhaltensmuster in den Arbeitsplatz, das Dorf, die Familie und die Jugend bzw. jene ebenso still arbeitenden Gegenkräfte, die im »gewöhnlichen Leben« stecken - in der Natur, im Heimat- und Zugehörigkeitsgefühl der Menschen, in deren existentiellen Befindlichkeiten, in Religion und Märchen.« (A. Stephan: Anna Seghers: Das siebte Kreuz. Welt und Wirkung eines Romans. Berlin: Aufbau 1979, S. 64)

Im realen Konzentrationslager Osthofen waren insgesamt mindestens 3 000 Menschen inhaftiert. Die Haftdauer betrug in der Regel vier bis sechs Wochen, im Einzelfall bis zu einem Jahr. Nachdem die Häftlinge ohne richterliche Verfügung von Hilfspolizisten aus den Reihen der SA, der SS, des Stahlhelms aber auch der regulären Polizei verhaftet worden waren, wurden sie zumeist auf Polizeiwachen, in Schuppen oder Gestapo-Kellern verhört, mißhandelt und dann in größeren Transporten zu Fuß oder auf Lkw nach Osthofen gebracht. Auch wenn in Osthofen als einem frühen KZ keine Terrormaßnahmen stattfanden, die zum Tode eines Häftlings führten, so litten die Häftlinge - Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrums- und Kirchenangehörige, Juden, Sinti, Zeugen Jehovas und andere - sehr unter der primitiven Unterbringung in naßkalten Fabrikhallen, ohne Betten, Tische und Bänke, unter den katastrophalen hygienischen Verhältnissen und der schlechten Verpflegung.

Noch schlechter waren die Verhältnisse im Lager II, einem Lager für verschärften Arrest im Gebäude einer stillgelegten Mühle, in dem sie systematischem Terror mit Dunkelhaft, Mißhandlungen, Demütigungen und völlig unzureichender Ernährung ausgesetzt waren.

Ziel dieser frühen und wegen der Umstände ihrer Errichtung so bezeichneten »wilden« Konzentrationslager, zu denen Osthofen gehörte, war vor allem die politische Ausschaltung, Sicherstellung und »Umerziehung« Oppositioneller aller Schattierungen, wobei kommunistisch, sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die größte Gruppe stellten. Das Konzentrationslager Osthofen wurde, wie die meisten kleineren Lager, im Juli 1934 wieder aufgelöst. Die Mehrzahl der Häftlinge wurde zunächst entlassen, einige wurden in die größeren Konzentrationslager wie Dachau, Lichtenburg oder Oranienburg verlegt, für zahlreiche, insbesondere für die meisten jüdischen Häftlinge endete der Leidensweg in einem der Vernichtungslager des Ostens.

Gelände und Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers in Osthofen wurden – nach einer langen Zeit des Vergessens und Verdrängens – 1991 vom Land Rheinland-Pfalz erworben und als Gedenkstätte unter Denkmalschutz gestellt. Hier soll in der Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Rheinland-Pfalz ein zentrales Dokumentationszentrum zur NS-Zeit für ganz Rheinland-Pfalz entstehen, das von allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu Forschungs- und Bildungszwecken genutzt werden kann.

Zusätzliche Informationen und Führungen

Zur Ausstellung ist ein 60seitiges Begleitheft mit den einführenden Texten sowie zahlreichen Fotos und Dokumenten erschienen, das bei der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz (Angelika Arenz-Morch, Tel. 061 31-16 45 61; Uwe Bader, Tel. 061 31-16 46 60) kostenlos angefordert werden kann. Mit den Mitarbeitern der Landeszentrale oder direkt in der Gedenkstätte »ehemaliges KZ Osthofen«, Ziegelhüttenweg 38, 67674 Osthofen (Heribert Fachinger, Tel. 062 42-45 70; Fax 062 42-67 82) können auch Führungen durch die Gedenkstätte und durch die Ausstellung für Gruppen vereinbart werden. Dabei sind in begrenztem Maße auch Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Häftlingen des KZ Osthofen möglich.

Zusätzlich sollen in Kürze von einem weiteren pädagogischen Mitarbeiter der Landeszentrale, Herrn Wolfgang Schultheis, Konzepte zur pädagogischen Nutzung der Gedenkstätte und Arbeitsmaterialien für jugendliche Besucher erstellt werden, die dann ebenfalls in der Landeszentrale und in der Gedenkstätte angefordert werden können.

Anfang 1998 wird, im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, herausgegeben von Hans Berkessel und Hans Georg Meyer, unter dem Titel »Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz« eine umfangreiche, mit Fotos und Dokumenten reich illustrierte dreibändige Publikation mit wissenschaftlichen Aufsätzen erscheinen, in dem neben den Basisbeiträgen zu den sieben Abteilungen der Ausstellung zahlreiche thematische und biographische Einzelaspekte der NS-Geschichte in Rheinland-Pfalz dargestellt werden.

Weiterhin ist unter der Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildung ein Reader für Multiplikatoren in Vorbereitung, der zahlreiche Anregungen zur historischen und politischen Bildungsarbeit in rheinland-pfälzischen Gedenkstätten sowie Materialien für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit enthalten wird.

*Hans Berkessel,
Pädagoge und Historiker,
arbeitet als Lehrer für Deutsch,
Geschichte und Sozialkunde an der
Integrierten Gesamtschule
»Kurt Schumacher«,
Ingelheim und in der
Lehrerfortbildung und
Schulentwicklungsplanung,
leitet einen Modellversuch zur
Reform der gymnasialen
Oberstufe in Rheinland-Pfalz und
ist Leiter der wissenschaftlichen
Arbeitsgruppe der Ausstellung.*

Befreiung sowie in Bezug auf Zeugnisse der Entstehungsgeschichte der Gedenkstätten.

KZ-Gedenkstätten sind historische Museen

Das Vergehen der Zeit und in Folge damit das Sterben der Erfahrungsgeneration historisiert die nationalsozialistische Vergangenheit zwangsläufig. Gedenken braucht deshalb Wissen, das Vergangene angemessene Formen der Repräsentation. Sammlung, Archiv, Bibliothek, Dauer- und Wechselausstellungen sind unabdingbar für die Gedenkstättenarbeit.

KZ-Gedenkstätten sind Forschungsstätten

Gedenkstätten fördern und betreiben Forschungen zur Geschichte der jeweiligen Orte, ihrer historischen Bezüge und ihrer Rezeption. Sie arbeiten dabei nach Möglichkeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen. Sie veranstalten Fachtagungen und Konferenzen und machen Forschungsergebnisse einem breiten Publikum durch Publikationen, Schriftenreihen oder mittels anderer Medien zugänglich. Sie geben historische Auskünfte vielfältigster Art und stellen Sammlungen und Archive der Forschung zur Verfügung. Wissens- und Erkenntnisgewinne schlagen sich in den Ausstellungen der Gedenkstätten und ihrer pädagogischen Arbeit nieder und wirken so der historischen Verkrustung von Gedenkstätten entgegen.

KZ-Gedenkstätten sind Orte historischer Aufklärung und gesellschaftlicher Selbstreflexion

KZ-Gedenkstätten sind Orte außerschulischer historischer und politischer Bildung. Wissensvermittlung ist aber kein Selbstzweck. Sie dient der von Generation zu Generation jeweils neu zu gestaltenden Selbstvergewisserung mitmenschlicher und demokratischer Grundlagen individuellen und gesellschaftlichen Handelns. Die Gedenkstätten entwickeln hierzu pädagogische Methoden, die der Identität von historischem Ort und Lernort Rechnung tragen und die deshalb besonders geeignet sind, das in den authentischen Orten angelegte Erinnerungs- und Aufklärungspotential fruchtbar werden zu lassen. Darüber hinaus nutzen sie alle geeigneten Arbeitsweisen aus Schule, Erwachsenenbildung, Museumspädagogik, politischer und ästhetischer Bildung und entwickeln sie auf ihre Belange hin weiter. Pädagogische Abteilungen und Internationale Jugendbegegnungsstätten sollten zu Ausstattungsmerkmalen von KZ-Gedenkstätten gehören.

Trägerschaft und Ausstattung

Die KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland befinden sich in unterschiedlicher Trägerschaft. Getragen werden sie von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Landkreisen, Ländern und dem Bund, manchmal in Kombination. Die damit verbundene Dezentralität und Vielfalt der Gedenkstättenarbeit in Deutschland ist einzigartig. Deshalb ist die Vielzahl der Trägerschaften und das damit häufig verbundene

In der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland haben sich folgende Gedenkstätten zusammengeschlossen:

Bergen-Belsen, Buchenwald, Dachau, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Sachsenhausen, Ravensbrück, Stiftung Topographie des Terrors (Geschäftsführung).

Der Text wurde verfaßt vom Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Dr. Volkhard Knigge (Vorstand der Stiftung Thüringische Gedenkstätten und Direktor der Gedenkstätte Buchenwald).

Zusammengehen von ehrenamtlicher und professioneller Arbeit, von lokaler, regionaler und überregionaler Verantwortungsübernahme sowie individuellem und kollektivem Engagement grundsätzlich erhaltenswert bzw. weiterzuentwickeln und auszubauen. Ziel der institutionellen Verfassung und etatmäßigen Anbindung der KZ-Gedenkstätten muß es sein, ihnen eigenständiges Arbeiten auf hohem Niveau zu ermöglichen. Internationale Beratungsgremien wie wissenschaftliche Beiräte und Häftlingsbeiräte sind für ihre Arbeit wünschenswert. Die institutionelle Struktur der KZ-Gedenkstätten soll sowohl die gesamteuropäische Dimension der Gedenkstätten wie die gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Träger in Deutschland zum Ausdruck bringen.

Ein deutliches Engagement des Bundes in Bezug auf Erhalt und Existenzfähigkeit des KZ-Gedenkstättennetzwerkes in der Bundesrepublik Deutschland ist als innen- und außenpolitisches Zeichen dringend empfohlen.

Stellungnahme des Vorstands des International Council Of Museums Deutschland zur Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland

von Hans-Albert Treff

Der Vorstand des deutschen Nationalkomitees des Internationalen Museumsrates (ICOM) begrüßt die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland über Selbstverständnis, Leitlinien und Organisationsprofil vom 9. November 1997.

Der Vorstand identifiziert sich mit dem Engagement der KZ-Gedenkstätten bei der Bewahrung der historischen Orte, der Sicherung der materiellen und immateriellen Hinterlassenschaft und ihrer Interpretation.

Er hält die kontinuierliche Arbeit der Gedenkstätten als zeithistorische Museen für unbedingt erforderlich, damit den heutigen und künftigen Generationen weitreichende Möglichkeiten gegeben werden, sich mit den Auswirkungen der deutschen Diktatur des 20. Jahrhunderts auseinanderzusetzen.

Dies setzt voraus, daß die Gedenkstätten langfristig und in ausreichendem Umfang durch die jeweiligen Träger unterstützt werden.

*Dr. Hans-Albert Treff
ist Präsident von
ICOM-Deutschland.*

*Interessenten an der Arbeit des ICOM und/oder an einer
Mitgliedschaft wenden sich bitte an:*

*ICOM Deutschland
c/o Museum Mensch und Natur
Schloß Nymphenburg
D-80638 München
Tel. 089-178 33 36
Fax 089-17 80 98 75
E-mail: icom-deutschland@t-online.de*

KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland – Selbstverständnis, Leitlinien, Organisationsprofil

von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland

Allgemeine Bedeutung und Zielsetzung

Die Diskussion über das Selbstverständnis und die Leitlinien wurde erstmals während des bundesweiten Gedenkstättenseminars im Mai 1995 geführt. Das Papier soll zum inhaltlichen Selbstverständnis unter den Gedenkstätten und zur Präsentation des inhaltlichen Anspruchs und der dafür notwendigen Unterstützung nach außen genutzt werden.

*Über inhaltliche Rückmeldungen würde ich mich sehr freuen.
Thomas Lutz*

KZ-Gedenkstätten dokumentieren die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland, seiner Verbrechen und deren Opfer am authentischen Ort. Sie konzentrieren sich dabei jeweils auf die spezifische Geschichte des Ortes, ohne den historischen Gesamtzusammenhang sowie Vorgeschichte und Nachgeschichte aus den Augen zu verlieren und – in Verbindung mit der Geschichte des Ortes – zu thematisieren. Der Herkunft der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen Rechnung tragend, sind KZ-Gedenkstätten europäische Orte in Deutschland. Als Bestandteile demokratischer Geschichtskultur leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und anti-demokratischen, die Prinzipien unteilbarer Menschenwürde, unteilbarer menschlicher Grundrechte und der Toleranz mißachtenden Einstellungen in der Gegenwart. Lernen, Trauern, Gedenken sind an den Orten unauflöslich miteinander verbunden.

KZ-Gedenkstätten und Friedhöfe

KZ-Gedenkstätten sind Friedhöfe; symbolisch im Ganzen und konkret dort, wo sich Gräber befinden. Pflege und Gestaltung der Gräber, die Bewahrung der Namen der Toten, die Schaffung von Orten des Gedenkens, der Besinnung und der Trauer gehören zu den Kernaufgaben der Gedenkstätten.

KZ-Gedenkstätten haben humanitäre Aufgaben

Die KZ-Gedenkstätten fühlen sich allen Opfern des Nationalsozialismus und deren Angehörigen und Nachkommen in besonderer Weise verpflichtet. Sie tragen dazu bei, Einzelschicksale zu klären. Sie geben Überlebenden oder deren Angehörigen Auskünfte in allen das jeweilige Einzelschicksal betreffenden Belangen. Sie unterstützen in diesem Zusammenhang die Opfer, deren Angehörige oder Nachkommen bei der Verfolgung berechtigter, mit dem Verfolgungsschicksal verbundener Anliegen.

KZ-Gedenkstätten sind Sachzeugnisse und Denkmale aus der Zeit

Als ehemalige Tat- und Leidensorte sind KZ-Gedenkstätten im Gegensatz zu nachträglich geschaffenen Denkmalen oder Erinnerungsorten Sachzeugnisse und »Denkmale aus der Zeit«. Die Gelände der ehemaligen Lager und ihre baulichen Überreste sind in spurensichernder, historiographischer und didaktisch-pädagogischer Perspektive zu sichern, zu bewahren und zu erschließen. Dies gilt – nachgeordnet – auch für Phasen der Nachnutzung, der Umnutzung oder der Zerstörung der Lager nach der

Die Arbeitslager für den Zwangseinsatz deutscher und nichtdeutscher Juden im Dritten Reich

von Wolf Gruner

3. Kapitel: Zu den Arbeits- und Wohnlagern für deutsche Juden im Altreich (1941-1943/44)

Die folgenden Ausführungen sollen nicht nur ein bisher vergessenes Kapitel deutscher Judenverfolgung ins Bewußtsein heben, sondern auch als Anregung für Lokalhistoriker, Gedenkstättenmitarbeiter oder Interessierte in den Schulen für Recherchen zu einzelnen hier nachgewiesenen oder auch bisher unbekannten Lagern, zu Tätern und Opfern dieses Zwangseinsatzes dienen.¹

Neben den Arbeitslagern und den Reichsvereinigungslagern entstand bis zum Sommer 1941 im Altreich ein drittes Lagernetz für jüdische Deutsche.² Im Zuge der Deportationsvorbereitungen wollte die NS-Führung die bisher schrittweise erfolgte Verdrängung aus den Wohnungen forcieren. Obwohl das Reichssicherheitshauptamt regionale Instanzen in diesem Sinn offen zu Wohnungsräumungen aufforderte, lehnte es zugleich im Frühjahr 1941 lokale Vorschläge zur Einquartierung von Münchner, Aachener und Brandenburger Familien in Baracken ab.

Wenig später wurden jedoch bisherige Vorbehalte fallen gelassen. Ab Ende Mai/Anfang Juni 1941 gingen Gestapostellen dazu über, Teile der jüdischen Bevölkerung in sogenannte jüdische Wohngemeinschaften einzuquartieren. In Städten wurden Familien in neuerrichteten Lagern an der jeweiligen Stadtperipherie interniert, in ländlichen Regionen mußten speziell nichtzwangsarbeitende Juden einzelner Landkreise in Lager umziehen. Die Einrichtung der neuen Lager wurde von der Gestapo – meist in Koordination mit der NSDAP-Gauleitung – organisiert.

Bisher sind 39 solcher von mir als Arbeits- und Wohnlager bezeichneten Stätten nachzuweisen. Ziele waren die Konzentration jüdischer Familien im Hinblick auf kommende Deportationen, deren Überwachung und ihr Einsatz zur Zwangsarbeit. Die für die »Umsiedlung« bestimmten Juden wurden von Landräten, der Gestapo oder Beauftragten der NSDAP-Gauleitungen in die jeweiligen Lager einquartiert. Allein in den ersten zwei Monaten wurden Arbeits- und Wohnlager in Tormersdorf bei Görlitz für Breslauer, später auch Görlitzer Familien, in Friedrichsseggen bei Koblenz für Juden aus den Kreisen Unterlahn-Limburg, Rheingau-St. Goarshausen und Westerwald sowie in Essen-Steele, München-Milbertshofen und Bonn-Kapellenstraße für in den jeweiligen Städten lebende Juden eingerichtet. Bald lebten in manchen Lagern über 400 Personen, wie in München-Milbertshofen oder Tormersdorf.

Die Lager mußten die dorthin Kommandierten entweder selbst aufbauen oder mindestens instandsetzen. Zum Barackenbau für die »Gemeinschaftssiedlung« Milbertshofen hatte die NSDAP-Gauleitung Münchner Juden »freiwillig« und »auf eigene Rechnung« gezwungen. Andernorts richteten die Behörden die Arbeits- und Wohnlager auf stillgelegten Zechen, in konfiszierten und geräumten Klöstern, verlassenen Anstaltsgebäuden, leerstehenden Reichsarbeitsdienstlagern und heruntergekomme-

Mit dem 3. Kapitel setzen wir den Beitrag von Wolf Gruner fort. Einleitung und 1. Kapitel im Gedenkstättenrundbrief Nr. 78 (8/1997), 2. Kapitel im Gedenkstättenrundbrief Nr. 79 (11/1997).

nen Schloßanlagen ein. Für die Juden Kölns und Umgebung waren Kasematten des Forts Köln-Müngersdorf vorgesehen. In hygienischer und baulicher Hinsicht waren die alten Unterkünfte meist verkommen. Die Insassen mußten sowohl für die Instandsetzung der Räume sorgen als auch später überall überhöhte Mieten zahlen, bei meist außergewöhnlichen »Miet«-Verträgen. In München kassierte beispielsweise die NSDAP bei 320 Insassen der »Heimanlage Kloster Berg am Laim« insgesamt einen monatlichen Obolus von knapp 2 900 RM, nur einen kleinen Teil erhielt das Kloster. Partner wie Modalitäten waren regional verschieden, die Mietforderungen aber generell überhöht. Zusätzlich erhoben manche Bürgermeister von den zwangsumgesiedelten Juden Steuern für vorgebliche Verwaltungsaufwendungen oder zur Deckung angeblicher Gemeindeverluste wegen »verstärkter Judenansiedlung«.³

In den Arbeits- und Wohnlagern lebten die Familien in einer besonders repressiven Mikroform der jüdischen Zwangsgemeinschaft des Altreiches. Das Lager Much war im Frühsommer 1941 beim Einzug der Juden sofort umzäunt worden. Die vom Ortsbürgermeister in Absprache mit der Gestapo verfaßte Lagerordnung demonstriert die extreme Isolierung und Freizügigkeitsbeschränkung der Betroffenen, denn es war den jüdischen Insassen natürlich jeder persönliche Verkehr mit der Bevölkerung verboten.⁴ Solche restriktiven Vorschriften waren die Regel, wie die Überlieferungen zu Riebnig, Tormersdorf, München und Bonn etc. beweisen: Die Gestapo setzte in den meisten Arbeits- und Wohnlagern jüdische Lagerleitungen ein und führte regelmäßig Inspektionen durch. Die Lagerorte durften nur zur Zwangsarbeit betreten werden. Der Zwangseinsatz in den Arbeits- und Wohnlagern umfaßte alle arbeitsfähigen Juden und Jüdinnen. Im Lager Bonn hatte man Anfang September 1941 ein Drittel der Insassen zum großen Teil als Schwerarbeiter zwangsbeschäftigt; die übrigen Insassen waren über siebzig Jahre alt, Kinder, Invaliden oder Kranke. Dies scheint in den anderen Lagern ähnlich gewesen zu sein. Zwangsarbeit prägte den Alltag, dabei wuchs die Quote der Beschäftigten aufgrund repressiver Rekrutierung stetig. Die Versorgung in



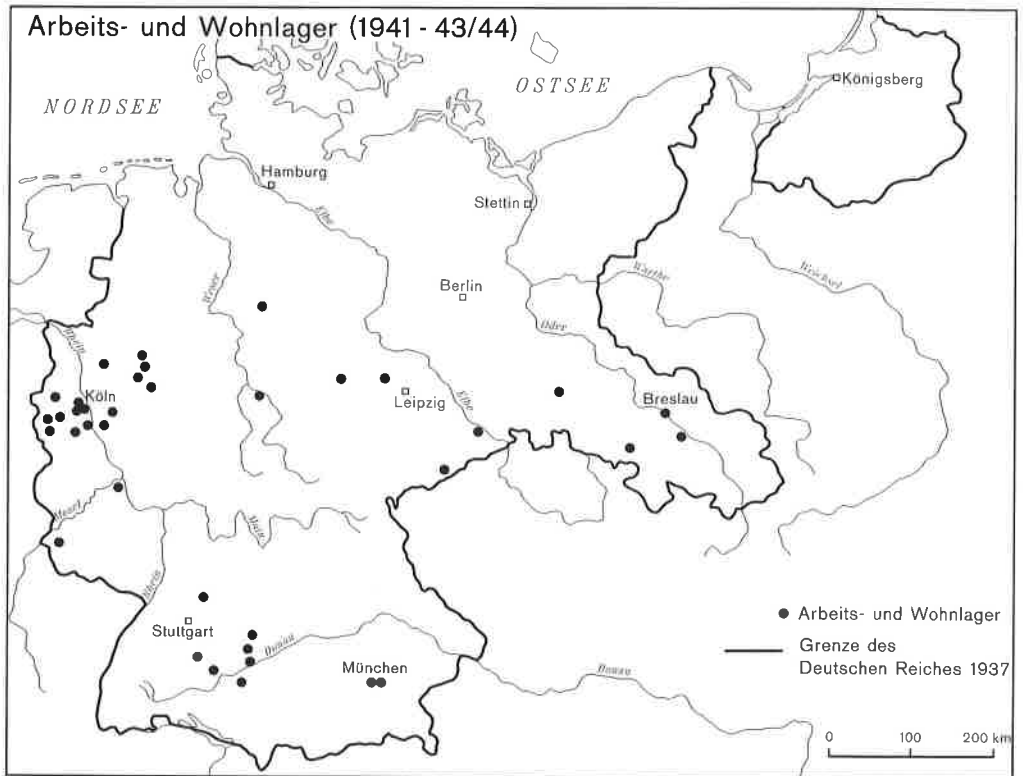
beide Abbildungen:
Deutsche Juden bauen
das Lager in
Milbertshofen.
Quelle:
Yad Vashem, Jerusalem



den Arbeits- und Wohnlagern war ein gravierendes Problem für die Insassen. Zur Belieferung der jüdischen Deutschen mit Lebensmitteln hatte die Partei oder die Gestapo »vertrauenswürdige« Händler des jeweiligen Ortes bestimmt, deren Inhaber starke Mehreinnahmen verzeichneten. Obwohl zwangsarbeitende genauso wie alte und kranke Lagerinsassen auf ausreichende Lebensmittel angewiesen waren, mußten sie sich in Bonn beispielsweise schon im September 1941 – entgegen den offiziellen Regelungen dieser Periode – ausschließlich von überwiegend fauligem Gemüse und Kartoffeln ernähren. Mangelnde Lebensmittelversorgung, schlechte Wohnverhältnisse und die durch Verfolgung verletzte Psyche führten zu einer hohen Sterblichkeit älterer Juden in den Arbeits- und Wohnlagern. Das Mißverhältnis zwischen wachsender Ausbeutung und krasser Mangelernährung muß aber so auffällig und produktionshemmend gewesen sein, daß der Landwirtschaftsminister am 1. Dezember 1942, »um die Arbeitskraft der bei kriegswichtigen Arbeiten« eingesetzten Jüdinnen und Juden zu erhalten, seinen eigenen Erlaß zur Lebensmittelreduzierung vom September teilweise für die Lagerinsassen aufhob und die Versorgung mit zusätzlichen Waren anwies. Diese Anordnung wird kaum Besserung bewirkt haben, da binnen weniger Monate die letzten Lager aufgelöst wurden.⁵

Ein beträchtlicher Teil der Arbeits- und Wohnlagerinsassen wurde schon im Frühjahr und Sommer 1942 abtransportiert. Die Lager löste man daraufhin auf. Große Arbeits- und Wohnlager, wie München-Milbertshofen und Köln-Müngersdorf, gebrauchte die Gestapo später zusätzlich als Sammellager. Um die letzten in Dresden wohnenden Juden vor ihrem Abtransport zu internieren, errichtete die dortige Gestapo in einer Sonderaktion noch Mitte November 1942 ein neues Lager. Das Lager Dresden-Hellerberg wurde, da auf Zwangsarbeit bis zur letzten Minute nicht verzichtet werden sollte, in engster Kooperation mit der Zeiss-Ikon AG Dresden gebaut. Es ist damit der erste Nachweis eines Arbeits- und Wohnlagers, das von Beginn an auch als Sammellager für die Deportationen konzipiert war, aber von einem Privatunternehmen unterhalten wurde. Am gesamten System der Arbeits- und Wohnlager profitierten die Gemeinden durch freiwerdende Wohnungen, die ortsansässigen Geschäftsleute, die die Lager belieferten, und natürlich die Firmen, die die Zwangsarbeiter zur Deportation beschäftigten.

Dr. Wolf Gruner ist 1960 in Berlin (DDR) geboren. Nach Ausbildung zum und Arbeit als Reprotechniker studierte er bis 1989 Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität. Er promovierte 1994 am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.



Privatkarte:
W. Gruner
Produktion:
K. Bremer

Liste der bisher nachzuweisenden Arbeits- und Wohnlager für deutsche Juden

Aachen – Grüner Weg

1941: Einweisung Stolberger Ehepaar.⁶

Ahlem (Gartenbauschule) (Vgl. 2)

September 1941 und Anfang 1942: Einweisung Juden aus Hannover

Ende März 1942: Insgesamt 175 Juden⁷

Dezember 1941 und Sommer 1942: Deportationen der Juden aus Hannover

Durchgangslager, Sammellager.⁸

Blaschkowitz bei Aussig (Sudeten)

Frühjahr 1942.⁹

Bonn – »Gemeinschaft Kapellenstraße 6«

seit Ende Juni 1941: mind. 60 Bonner Juden

Ende Juli 1941: mind. 313 Bonner Juden¹⁰

31. Dez. 1941: 270 Juden (nach ersten Transporten nach Köln)¹¹

Ende März 1942: 318 Juden¹²

25. April 1942: 378 Juden, jetzt auch aus Bonner Umgebung¹³

14. Juni – 27. Juli 1942: Deportation letzte Insassen und Lagerauflösung¹⁴

Lager in ehem. Kloster »Zur ewigen Anbetung«.¹⁵

Breslau – Neue Graupenstraße

mind. November 1940¹⁶–1942

Ende März 1942: ca. 48 Juden

- Auffanglager.¹⁷
- Burg Veynau/Euskirchen bei Bonn*
Juni/Juli 1941.¹⁸
- Dellmensingen/Krs. Ulm (»Wohnheim«)*
mind. Sommer 1941 – August 1942
Sommer 1941: Stuttgarter Juden¹⁹
Ende März 1942: 107 (?) Juden²⁰
August 1942: Deportation und Auflösung
Lager in Schloßgebäude.²¹
- Dresden-Hellerberg*
November 1942 – März 1943
ab 23. Noember 1942: ca. 300 Dresdner Juden²²
3. März 1943: Deportation der Insassen²³
Arbeit bei der Zeiss-Ikon AG, Arbeit bei div. Firmen, auch Waggonreinigung bei
Deutscher Reichsbahn
Barackenlager der Zeiss-Ikon AG Dresden.²⁴
- Eschenau bei Heilbronn (»Wohnheim«)*
Sommer 1941 – August 1942
Stuttgarter Juden
August 1942: Deportation der Insassen.²⁵
- Eschwege bei Kassel*
Frühjahr 1942.²⁶
- Eschweiler-Stich bei Aachen*
15. Juli 1941: Einweisung jüdisches Ehepaar aus Stolberg.²⁷
- Essen-Steele »Lager Holbeckshof«*
Mai 1941 – Juli 1942
ab 1. Mai 1941: Essener Juden²⁸
April/Mai 1942: Einweisung von exmittierten Essener Juden nach Bombenangriff
Juli 1942: Deportation von 185 Insassen²⁹
Barackenlager auf ehem. Zeche Deimelsberg.³⁰
- Friedrichsseggen bei Koblenz*
Juli 1941 – 1942/1943
Eröffnung Juli 1941 für ca. 60 Juden aus drei Landkreisen der Umgebung³¹
zwischen Juni 1942 und Mai 1943: Deportationen (?)
Einsatz in Friedrichssegener Tonfabrik
Lager auf ehem. Zechengelände.³²
- Grüssau bei Waldenburg (Schlesien)*
Oktober 1941 – Februar 1943
ab 5. Oktober 1941 für schlesische Juden (bes. Breslau)
Ende März 1942: ca. 850 Juden³³
ab Ende 1942 Deportationen³⁴
Januar 1943: ca. 350 Juden
28. Februar 1943: Auflösung des Lagers³⁵
Lager in Klostergebäude.
- Haigerloch (Württemberg)*
August 1941 – mind. Februar 1942³⁶

ab August 1941: u.a. Juden aus Stuttgart und Tübingen
 Erste Deportation Ende November 1941.³⁷

Halle/Saale »Lager Boelckestr. 24«
 September 1939 – 1943
 ab September 1939 für saarländische Juden aus Räumungsgrenzgebiet
 (sog. Rückwanderungslager)
 zwischen September 1939 und Februar 1940: 67 Juden³⁸
 März/April 1940 – Februar 1941: Umbau, dann Lager und Altersheim
 Mai 1942: Erweiterungsbau Baracke³⁹
 vor September 1942: ca. 90 Juden
 19. September 1942: Deportation Insassen bis auf 16 Juden
 Februar 1943: Deportation von 10 Juden
 Juni 1943: Deportation 1 Person, 4 bleiben übrig⁴⁰
 Einsatz ab März 1940: 20 Männer über Arbeitsamt zum Straßen- und Tiefbau,
 Kohlentransport, Fraueneinsatz über Arbeitsamt; außerdem Verschickung in
 Arbeitslager, Friedhofsreinigung und Gemüseanbau in Gemeinderegie
 Lager in Trauerhalle auf jüdischem Friedhof und Baracke.⁴¹

Hamm (Westfalen)
 Dezember 1941 – April 1942
 ab 16. Dezember 1941: ca. 80 Juden (alle jüdischen Einwohner von Hamm)
 27. April 1942: Deportation
 Barackenlager.⁴²

Hüppedt (Eichsfeld)
 ca. Dezember 1941 – September 1942
 Dezember 1941: ca. 14 Juden aus Heiligenstadt
 Juni/September 1942: Deportationen
 Zechenhaus einer ehem. Kalischachtanlage.⁴³

Irsch/Krs.Saarburg (Rheinland)
 Juni 1941.⁴⁴

Kassel-Niederzwehren (Lager Wartekuppe)
 1940 (?) – 9. September 1942
 Jüdische Familien aus Kassel
 9. September 1942: Deportation letzter Insassen
 ehemaliges Lager für polnische Kriegsgefangene, umzäuntes Barackenlager.⁴⁵

Köln – »Cäcilienstr. 18–22«
 Januar 1942: mind. 14 Juden (Transport aus Bonn)
 ehem. jüd. Logenhaus.⁴⁶

Köln-Ehrenfeld (Ottostr. 85)
 Februar 1942: mind. 6 Juden aus Bonn
 Jüdisches Krankenhaus.⁴⁷

Köln-Müngersdorf (Fort V)
 Ende 1941 – 1944/45⁴⁸
 Anfang 1942: allein 34 Juden und Jüdinnen aus Lager Bonn.⁴⁹

Laupheim bei Ulm (Württemberg)
 Oktober 1941 – mind. August 1942
 ca. 17. Oktober 1941: 31 Juden⁵⁰

28. November 1941: Deportation von mind. 15 Juden

19. August 1942: Deportation von mind. 14 Juden⁵¹

Baracken der Wendelinsgrube.⁵²

Much/Siegbkreis (Rheinland)

Juni 1941 – Juli 1942

13. Juni 1941: Einrichtung für 95 Juden aus dem Siegbkreis

27. Juli 1942: Deportation der letzten 30 Insassen

Stadtverwaltung, ehem. RAD-Barackenlager.⁵³

München-Berg am Laim (»Heimanlage für Juden«)

Juli 1941 – 1942 (1945)

Eröffnung Ende Juli 1941: ca. 20 Juden⁵⁴

12. August 1941: 48 Juden⁵⁵

21. September 1941: 55 Juden⁵⁶

Ende Oktober 1941: ca. 320 Juden⁵⁷

Mitte November 1941: Deportation von ca. 85 Juden⁵⁸

Januar 1942: Neueinweisungen⁵⁹

Ende März 1942: 253 Juden⁶⁰

Anfang April 1942: Deportation von 75 Juden⁶¹

Anfang Juni 1942: Neueinweisungen⁶²

Juli 1942: Deportationen⁶³

Mitte August: Neueinweisungen⁶⁴

Fabrikarbeiten

Lager in Klostergebäude.⁶⁵

München-Milbertshofen (»Judensiedlung«)

Juni 1941 – August 1942

17. März – 28. Juni 1941: Errichtung durch jüdischen Bautrupp⁶⁶

Ende Juni 1941: Zunächst Einweisung lediger jüdischer Männer⁶⁷

12. August 1941: 53 Juden⁶⁸

bis Oktober 1941: 412 Juden und 38 Jüdinnen⁶⁹

nach Oktober 1941: ca. 1100–1376 Juden⁷⁰

Ende März 1942: 284 Juden⁷¹

Anfang April 1942: Deportationen⁷²

Juli 1942: Deportationen⁷³

Mitte August 1942: Letzte Insassen, Männer in Mischehen, nach Berg a. Laim⁷⁴

Einsatz in Landwirtschaft, Heimarbeit

Auch Sammel- und Durchgangslager⁷⁵

Barackenlager.⁷⁶

Neheim Hüsten/Stadt Arnsberg »Lager im Ohl 76« (Westfalen)

September 1941 – 1944 (?)

Juli 1942/März 1943: Deportationen

Arbeit bei Rüstungsfirmen und Straßenreinigung

Barackenlager.⁷⁷

Niederbardenberg bei Aachen

Juni 1941.⁷⁸

Oberstotzingen bei Ulm

Juni 1942 – Ende August 1942

Juni 1942: mind. 21 Ulmer Juden
 20. August 1942: Deportation nach Stuttgart und Auflösung
 Lager in Schloßgebäude.⁷⁹
Plettenberg/Krs. Altena (Westfalen)
 1942.⁸⁰
Quirrenbach bei Siegburg (Rheinland)
 ca. Juni/Juli 1941.⁸¹
Riebzig/Krs. Brieg (Niederschlesien)
 Oktober 1941 – März 1943
 ab Oktober 1941: ca. 200 Juden⁸²
 Ende März 1942: 225 Juden⁸³
 Ende April 1942: Deportation ca. 80 Insassen
 30. August 1942: Transport von 151 Juden nach Theresienstadt⁸⁴
 Januar 1943: noch ca. 150 Insassen⁸⁵
 Februar 1943: Deportation von 100 Insassen⁸⁶
 März 1943: noch ca. 25 Insassen
 20. März 1943: Auflösung⁸⁷
 Arbeit u.a. bei Fa. Brauer Riebzig, Sägewerk Willi Riegel & Sohn Tarnowitz
 ehem. RAD-Lager.⁸⁸
Schönwald/Erzgebirge
 September 1941
 Lager in Schloßgebäude (vorher Kriegsgefangenenlager).⁸⁹
Schwerte bei Dortmund
 1942.⁹⁰
Sophienhöhe/Bergheim bei Köln
 Juni 1941.⁹¹
Tigerfeld bei Ulm
 ca. Juni – August 1942.⁹²
Tormersdorf/Rothenburg (Oberlausitz)
 Sommer 1941 – Ende 1942/Anfang 1943
 ab 26. Juli 1941: 51 Breslauer Juden
 8. August 1941: mind. 151 Breslauer Juden⁹³
 November 1941: 320 Juden (auch aus Görlitz)⁹⁴
 Dezember 1941: 445 Juden, davon 281 Frauen (65 im Arbeitseinsatz)⁹⁵
 März 1942: 441 Juden, insg. 195 im Arbeitseinsatz⁹⁶
 Ende März 1942: 482 Juden⁹⁷
 Ende 1942/Anf. 1943 Insassen nach Grüssau (Schlesien)⁹⁸
 Straßen- und Flußausbau (Neisse), Feld- und Heimarbeiten⁹⁹
 Einsatz bei Fa. Waggonbau Niesky GmbH, Fa. Sägewerk Müller & Söhne Rothenburg
 Lager in ehem. Pflgeanstalt »Zoar«.¹⁰⁰
Weißenstein (Württemberg) »Wohnheim«
 Sommer 1941 – mind. März 1942
 Stuttgarter Juden
 Ende März 1942: 35 Juden, davon die Hälfte über 70 Jahre.¹⁰¹

Das 4. und letzte
 Kapitel erscheint unter
 dem Titel »Zu den
 Arbeitslagern für
 nichtdeutsche Juden
 im Altreich
 – außer Schlesien –
 (1939–1943/44)« in der
 nächsten Ausgabe des
 Rundbriefes.

- 1 Die einleitenden Ausführungen stützen sich auf Forschungen des Autors, die unter dem Titel »Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938 bis 1943« im Metropol-Verlag Berlin 1997 erschienen sind, weshalb auf Anmerkungen verzichtet wird.
- 2 Ein erster Hinweis hierauf findet sich bei Kwiet, Konrad: *Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung*, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*. Unter Mitarbeit von Volker Dahm, Konrad Kwiet u.a., München 1988, S. 635.
- 3 Sauer, Paul (Bearb.): *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1943, Teil II*, Stuttgart 1966, S. 199–200, Dok.-Nr. 418 a: Schreiben der jüdischen Mittelstelle Stuttgart an den Landrat in D. vom 28. 10. 1941, sowie ebenda, b: Bürgermeister B. an Landrat in D. am 10. 11. 1941.
- 4 Nordrheinwestfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 18, Nr. 14, Bl. 289: Lagerordnung Much vom 15. 8. 1941. Vgl. zum Lager Much: Reifenrath, Bruno H.: *Die »Evakuierung« der Juden des Siegkreises unter besonderer Berücksichtigung ihrer Internierung im RAD-Lager Much*, in: *Juden am Rhein und Sieg*, Siegburg 1983, S. 245.
- 5 Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 1. 12. 1942, in: *Der ausländische Arbeiter in Deutschland*, Bd. II, D I 13, S. 854/7: 28. Nachtrag; sowie NW-HStA Düsseldorf, Regierung Aachen, Nr. 14421, unfol.: Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 7. 12. 1942.
- 6 Biergan, Manfred: *Jüdische Zwangsarbeiter in Stolberg und der Leidensweg der Stolberger Juden während der Nazi Herrschaft*, in: *Die Menorah, Zeitschrift der Jüdischen Gemeinde Aachen*, 27. 12. 1986, S. 18.
- 7 Bundesarchiv Berlin (frühere Abt. Potsdam), 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 178: Reichsvereinigung-Verzeichnis über den Personalbestand der Saldierungseinrichtungen, Wohngemeinschaften (ca. Ende März 1942).
- 8 Buchholz, Marlis: *Die hannoverschen Judenhäuser. Zur Situation der Juden in der Zeit der Ghettosierung und Verfolgung 1941 bis 1945*, Hildesheim 1987, S. 155–160.
- 9 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 157: Reichsvereinigung-Verzeichnis über saldierende Stellen außerhalb der Fürsorge: Wohngemeinschaften (ca. Ende März 1942).
- 10 Nach Liste bei Neugebauer, Otto: *Ein Dokument zur Deportation der jüdischen Bevölkerung Bonns und seiner Umgebung*, in: *Bonner Geschichtsblätter*. Hrsg. vom Bonner Heimat- und Geschichtsverein und dem Stadtarchiv Bonn, 18 (1964), S. 164–221; vgl. BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 129, Bl. 21: Bericht der Reichsvereinigung an das RSHA vom 20. 8. 1942.
- 11 Der größte Transport erfolgte am 23. 12. 1941 mit 34 Personen direkt zum Lager Köln-Müngersdorf. Insgesamt wurden im Dezember 1941 und Januar 1942 77 Juden nach Köln transportiert; vgl. Liste bei Neugebauer, Dokument, S. 164–221.
- 12 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis über den Personalbestand der Saldierungseinrichtungen, Wohngemeinschaften.
- 13 StadtA Bonn, Akte Pr. 14/3, unfol.: Schreiben der Gemeinschaft Kapellenstr. an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn vom 24. 4. 1942.
- 14 Es gab Transporte am 14. und 15. 6. sowie am 19. und 27. 7. 1942; Neugebauer, Dokument, S. 164–221; BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 129, Bl. 21: Bericht der Reichsvereinigung an das RSHA vom 20. 8. 1942.
- 15 Neugebauer, Dokument, S. 159.
- 16 Zugang ins Lager Paderborn am 23. 11. 1940; Naarmann, *Paderborner Juden*, S. 469: Anhang, Liste Insassen Paderborn.
- 17 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis über den Personalbestand der Saldierungseinrichtungen, Wohngemeinschaften.
- 18 Düwell, Kurt: *Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde*, Bonn 1968, S. 264. Zusammenlegung in Euskirchen im folgenden Dokument meint offenbar dasselbe Lager; BA Koblenz, R 36 DGT, Nr. 1023, Bl. 28: *Deutscher Gemeindetag Berlin an Deutscher Gemeindetag Düsseldorf* am 15. 7. 1941.
- 19 Zelzer, Maria: *Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch*, hrsg. von der Stadt Stuttgart, Stuttgart 1964, S. 221.
- 20 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis.
- 21 CCP (ITS Arolsen 1949), S. 185; vgl. Schönhagen, Benigna: *Tübingen unter dem Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1991, S. 344.
- 22 Einzugsstermin war der 23. 11. 1942; BA, ZWA Dahlwitz-Hoppegarten, ADZ Dok./K 785/1, S. 1: *Besprechung von Gestapo und Fa. Zeiss-Ikon Dresden* am 10. 11. 1942; vgl. Klemperer, Victor: *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945*, Band: 1942–1945, hrsg. von Walter Nowojski u. Mitarb. v. Hadwig Klemperer, 2. Aufl., Berlin 1995, S. 273: Eintrag vom 13. 11. 1942; sowie Klemperer, Victor: *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Leipzig 1975, S. 101.
- 23 Klemperer, *Tagebücher 1942–1945*, S. 339–340: Eintrag vom 4. 3. 1943.
- 24 Brief Heinz Meyer an Rudolf Apt vom September 1945, in: *Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Dresden. Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde und deren Ausrottung. Mit einem Geleitwort von Robert. W. Kempner*, Darmstadt 1973, S. 451–452.

- 25 Zelzer, Stuttgarter Juden, S. 221 und Schönhagen, Tübingen, S. 345.
- 26 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 157: Reichsvereinigung-Verzeichnis Wohngemeinschaften (März 1942).
- 27 Bierganz, Zwangsarbeiter, S. 18.
- 28 Geschichte und Schicksal der Essener Juden, Gedenkbuch für die jüdischen Mitbürger der Stadt Essen, von Hermann Schröter, Essen 1980, S. 54.
- 29 Zimmermann, Michael: Die Gestapo und die regionale Organisation der Judendeportationen, in: Paul, Gerhard/Mallmann, Klaus-Michael (Hrsg.): Die Gestapo, Darmstadt 1995, S. 360.
- 30 Errichtet zuerst für Kriegsgefangene; Geschichte Essener Juden, Essen 1980, S. 54.
- 31 Krs. Unterlahn-Limbürg, Rheingau-St. Goarshausen und Westerwald.
- 32 Seibert, Hubertus: Zwischen Integration und Deportation, Zur Geschichte der Juden im Rhein-Lahn-Gebiet (1918–1945), in: Der Rhein-Lahn-Kreis. Landschaft – Geschichte – Kultur unserer Heimat, hrsg. von der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Oberwesel/Rhein 1987, S. 275–276.
- 33 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis.
- 34 Rose, Ambrosius: Kloster Grüssau, Stuttgart 1974, S. 192.
- 35 Archiwum Panstwowe we Wroclawiu (StA Breslau) (APW), Urząd Skarbowy Provincji Dolnoslaskiej we Wroclawiu (OFP Breslau), Nr. 1395, Bl. 250: Gemeinnützige Grundstücksverwaltung Breslau an den OFP Breslau vom 24. 6. 1943.
- 36 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 46, Bl. 93: Notiz F 47 ü. Rücksprache im RSHA am 3. 2. 1942.
- 37 Schönhagen, Tübingen, S. 338 und 342.
- 38 Dreihundert Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn, hrsg. v. d. Jüdischen Gemeinde in Halle, Halle 1992, S. 176; Rudnick, Heinrich: Nachforschungen über das weitere Schicksal der am 22. Oktober 1940 aus dem Saarland nach Gurs verschickten Juden und Träger des Judensterns im Saarland, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, hrsg. im Auftrage der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz von H.W. Herrmann, F.J. Heyen u.a., 1. (1975), S. 341–342.
- 39 Dreihundert Jahre Juden in Halle, S. 201–202, 210.
- 40 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 124, Bl. 494: Schreiben vom 3. 9. 1943 an die Reichsvereinigung; sowie Dreihundert Jahre Juden in Halle, S. 212.
- 41 Ebenda, S. 187; Rudnick, Nachforschungen, S. 341–342; Schramm, Reinhard: Ich will leben, Weissenfels 1990, S. 74–75.
- 42 CAHJP Jerusalem, Inv. 1648, unfol.: Schreiben NSDAP-Kreisleiter in Unna an Oberbürgermeister in Hamm am 11. 11. 1941; sowie Gonsiowski, Max: Bericht über die Geschichte der jüdischen Gemeinde der Stadt Hamm/Westf. seit 1932 für die Stadtchronik, in: Spuren zur »Reichskristallnacht« in Hamm, Hamm 1988, S. 10, sowie Kreienfeld, Rita: Bilder und Zeugnisse einer Familie, in: ebenda, S. 29.
- 43 Liesenberg, Carsten: Juden in Mühlhausen – ihre Geschichte, Gemeinde und bedeutende Persönlichkeiten [MS], Mühlhausen o.J. (1990), S. 95.
- 44 Düwell, Rheingebiete, S. 264; vgl. ohne weitere Angaben: CCP (ITS Arolsen 1949), S. 172.
- 45 Prinz, Wolfgang: Die Judenverfolgung in Kassel, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde Kassel 1933–1945, Bd. 2: Studien, hrsg. von Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfried Krause-Vilmar, Fuldabrück 1987, S. 203.
- 46 Transport am 19. 1. 1942; nach Liste bei Neugebauer, Dokument, S. 164–221 und 160.
- 47 Transporte am 19. 1. und 18. 2. 1942; nach Liste bei Neugebauer, Dokument, S. 164–221 und 160.
- 48 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 46, Bl. 125: Notiz F 38 Eppstein (Reichsvereinigung) über Rücksprache beim RSHA am 6. 1. 1942; vgl. ebenda, Nr. 124, Bl. 260: Heinrich Kounen an Reichsvereinigung Berlin am 31. 12. 1944.
- 49 StadtA Bonn, Akte Pr. 14/3, unfol.: Gemeinschaft Kapellenstr. an das Wirtschafts- und Ernährungsamt Bonn vom 29. 1. 1942. Der größte Transport erfolgte am 23. 12. 1941 zum Lager Köln-Müngersdorf; nach Liste bei Neugebauer, Dokument, S. 164–221.
- 50 Sauer, Dokumente Baden-Württemberg, Teil II, S. 194–196, Dok.Nr. 414b): Ratsherrenberatung in Laupheim vom 17. 10. 1941.
- 51 Deportationsliste in: Kohl, Waltraut: Die Geschichte der Judengemeinde in Laupheim, [MS], Laupheim 1965, S. 22 und 25–27.
- 52 Sauer, Dokumente, Baden-Württemberg, Teil II, S. 194–196, Dok.Nr. 414b): Ratsherrenberatung in Laupheim vom 17. 10. 1941.
- 53 NW-HStA Düsseldorf, RW 18, Nr. 18, Bl. 238: Bürgermeister Much an Landrat Siegkreis am 17. 6. 1941; ebenda, Bl. 21: Bürgermeister Much an Landrat am 28. 7. 1942. Vgl. insgesamt Reifenrath, Bruno H.: Die »Evakuierung« der Juden des Siegkreises unter besonderer Berücksichtigung ihrer Internierung im RAD-Lager Much, in: Linn, Heinrich: Juden am Rhein und Sieg, Siegburg 1983, S. 240–250.
- 54 Beschreibung im Tagebuch der damaligen Leiterin Else Behrend-Rosenfeld; hier Eintrag vom 27. 7. 1941, in: Behrend-Rosenfeld, Else: Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, 3. Aufl., Köln–Frankfurt/Main 1979, S. 102 und 104.

- 55 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Film 52407, Nr. 24, unfol.: Reichsvereinigung-Vermerk über Unterbringung Juden in München vom 13. 8. 1941.
- 56 Behrend-Rosenfeld, S. 113.
- 57 Behrend-Rosenfeld, S. 116–117: Eintrag vom 26. 10. 1941.
- 58 Deportation über Milbertshofen; Behrend-Rosenfeld, S. 119–127: Eintrag vom 16. 11. 1942.
- 59 Behrend-Rosenfeld, S. 129: Eintrag vom 5. 1. 1942.
- 60 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis.
- 61 Deportation über Lager München-Milbertshofen; Behrend-Rosenfeld, S. 137: Eintrag 12. 4. 1942.
- 62 Behrend-Rosenfeld, S. 161: Eintrag vom 14. 6. 1942.
- 63 Behrend-Rosenfeld, S. 164: Eintrag vom 5. 7. 1942.
- 64 Behrend-Rosenfeld, S. 171 und 181: Eintrag vom 7. und 18. 8. 1942.
- 65 Behrend-Rosenfeld, S. 108: Eintrag vom 10. 8. 1941; Kwiet, Nach dem Pogrom, S. 635.
- 66 Ophir, Baruch Z./Wiesemann, Falk (Hrsg u. Bear.): Die Jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945. Geschichte und Zerstörung, Oldenburg 1979, S. 55; Behrend-Rosenfeld, S. 93–96.
- 67 Ebenda, S. 95.
- 68 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Film 52407-24, unfol.: Vermerk über Juden in München vom 13. 8. 1941.
- 69 Ophir/Wiesemann, Bayern, S. 55.
- 70 Kwiet, Pogrom, S. 635–636.
- 71 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis.
- 72 Deportation von ca. 800 Juden, auch aus dem Lager Berg am Laim sowie aus München und bayerischen Landgemeinden; Behrend-Rosenfeld, S. 139: Eintrag vom 12. 4. 1942.
- 73 Behrend-Rosenfeld, S. 166–167: Eintrag vom 26. 7. 1942.
- 74 Behrend-Rosenfeld, S. 171 und 181: Einträge vom 7. und 18. 8. 1942.
- 75 Vgl. Behrend-Rosenfeld, S. 130–152: Eintrag vom 12. 4. 1942.
- 76 Ophir/Wiesemann, Bayern, S. 55.
- 77 Saure, Werner: Geschichte und Schicksale jüdischer Mitbürger aus Neheim und Hüsten, Balve 1988, S. 63–65 und 81.
- 78 Düwell, Rheingebiete, S. 264.
- 79 Keil, Heinz: Dokumentation über die Verfolgungen der jüdischen Bürger von Ulm/Donau. Hergestellt im Auftrage der Stadt Ulm, Ulm 1961, S. 237, 244, 257 und 266; vgl. Kwiet, Nach dem Pogrom, S. 635.
- 80 Ebenda und BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 46, Bl. 26: Rücksprache im RSHA am 30. 3. 1942.
- 81 Düwell, Rheingebiete, S. 264.
- 82 Archiwum Państwowe we Wrocławiu (StA Breslau), Rejencja Wroclawska (Regierung Breslau), Nr. 8391, Bl. 3: Lagerordnung vom 7. 11. 1941.
- 83 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis.
- 84 Insassenliste, in: Kruszewski, Tomasz: Obóz dla Ludosci Zydowskiej w rybnej kolo Brzegu (1941–1943), in: Acta Universitatis Wratislaviensis, Nr. 1207, Wrocław 1992, S. 323–338.
- 85 AP Wrocław, OFP Niederschlesien, Nr. 1395, Bl. 252: Schreiben der Gemeinnützigen Grundstücksverwaltung Breslau an den Oberfinanzpräsident in Breslau vom 22. 6. 1943.
- 86 Anhang: Insassenliste bei Kruszewski, Obóz dla Ludosci Zydowskiej, S. 323–338.
- 87 AP Wrocław, OFP Niederschlesien, Nr. 1395, Bl. 252.
- 88 Kruszewski, Obóz dla Ludosci Zydowskiej, S. 320.
- 89 Hier liegen ausführliche Hinweise nur für die Planungsphase vor; BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Film 52439, Nr. 362, Bl. 38 und 34: Schreiben der Reichsvereinigung-Bezirksstelle Sudetenland vom 2. 9. 1941 und Beilage zum Schreiben der Reichsvereinigung-Bezirksstelle Sudetenland vom 5. 9. 1941.
- 90 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 46, Bl. 26: Notiz F 65 ü. Rücksprache im RSHA am 30. 3. 1942.
- 91 Düwell, Rheingebiete, S. 264.
- 92 Keil, Dokumentation Ulm, S. 258 und 266.
- 93 Als Jude in Breslau 1941, hrsg. v. Joseph Walk, (Gerlingen) 1984, S. 80 und 86: Tagebucheintragungen vom 26. 7. und 8. 8. 1941.
- 94 StadtA Görlitz, Rep. III, S. 990 Nr. 4, R 20, F 33 Magistrat, 0150 Wirtschaftsamt: Arbeitseinsatzbericht im Amtsbezirk Görlitz für November 1941, S. 4.
- 95 Ebenda: Arbeitseinsatzbericht im Amtsbezirk Görlitz für Dezember 1941, S. 4–5.
- 96 Ebenda: Arbeitseinsatzbericht im Amtsbezirk Görlitz für März 1942 (?) vom 2. 4. 1942, S. 4.
- 97 BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Verzeichnis der Reichsvereinigung.
- 98 Otto, Roland: Die Verfolgung der Juden in Görlitz unter der faschistischen Diktatur 1933–1945, Görlitz 1990, S. 65.
- 99 StadtA Görlitz, Rep. III, S. 990 Nr. 4, R 20, F 33 Magistrat, 0150 Wirtschaftsamt: Arbeitseinsatzbericht im Amtsbezirk Görlitz für Februar 1942, S. 4.
- 100 Otto, Görlitz, S. 61–66.
- 101 Zelzer, Stuttgart, S. 221; sowie BA, Abt. Potsdam, 75 C Re 1, Nr. 55, Bl. 177: Reichsvereinigung-Verzeichnis.

»Die Verfolgung von Kindern und Jugendlichen im Nationalsozialismus« als Thema in Klasse 5 bis 7

von Hermann Kaienburg

Ist es ratsam, mit 10 bis 12jährigen Schülern über die nationalsozialistische Verfolgung zu sprechen? Hamburger Lehrerinnen und Lehrer verschiedener Schularten befaßten sich auf einem Seminar des Instituts für Lehrerfortbildung (IfL) unter Beteiligung von Historikern, Erziehungswissenschaftlern und Museumspädagogen mit diesem Thema. Das Seminar fand in der Gedenkstätte für die Kinder vom Bullenhuser Damm in der Janusz-Korczak-Schule (Hamburg-Rothenburgsort) statt, wo SS-Aufseher des KZ Neuengamme am 20. April 1945 20 jüdische Kinder erhängt hatten, um die Spuren medizinischer Experimente zu tilgen.

Im Folgenden wird der Versuch gemacht, einige Aspekte dieser wichtigen Diskussion zusammenzufassen.

Obwohl der Nationalsozialismus im Geschichtsunterricht erst in Klasse 9 behandelt wird, ist es weitgehend üblich geworden, auf einzelne Aspekte schon eher einzugehen. Die meisten Schüler tragen aus Medien und Elternhaus schon früh Informationen und Meinungen in die Schule. Als verantwortungsbewußte Pädagogen können wir nicht umhin, auch mit Schülern der Klassen 5 bis 7 darüber zu sprechen, Fragen zu beantworten und Irrtümer zu korrigieren. Da ältere Schüler oft schon zu fest gefügten Urteilen neigen, liegt es auf der Hand, wichtige thematische Aspekte, insbesondere die Verfolgung von Minderheiten im Nationalsozialismus, schon früher aufzugreifen.¹ Dafür bietet sich z.B. der Deutsch- oder Religionsunterricht an. Die Kinder sind in diesem Alter noch offen und oft begierig danach, mehr über die NS-Zeit zu erfahren. Sie sind bereit, sich in die konkreten Lebenswelten der Menschen damals gedanklich und seelisch hineinzusetzen, und ihr starkes Gerechtigkeitsempfinden macht sie sensibel gegenüber Unrecht.

Doch es gibt auch warnende Stimmen. Besteht nicht die Gefahr, daß Kinder seelisch Schaden nehmen, wenn wir sie zu früh mit Gewalt und Unmenschlichkeit konfrontieren? Kann eine zu frühe Beschäftigung mit dem Thema dazu führen, daß viele Schüler später, wenn der Nationalsozialismus eingehend und differenziert im Unterricht behandelt wird, abwehrende Reaktionen zeigen?

Mehrere Teilnehmer des Seminars am Bullenhuser Damm äußerten nach der Führung durch die Gedenkstätte, bei der die Verbrechen an den 20 jüdischen Kindern noch einmal in allen Einzelheiten vor Augen geführt wurden, daß sie einen Besuch mit ihren Schülern dort nicht verantworten könnten, weil das Schicksal der Kinder eine zu schwere seelische Belastung darstelle. Schon die Vorstellung, von den Eltern getrennt zu werden und – etwa in einem Lager – ohne sie leben zu müssen, so berichtete eine Kollegin, könne bei einigen ihrer Schüler zu existentiellen Ängsten führen. Die grausamen Erlebnisse der Kinder vom Bullenhuser Damm – der Verlust der Eltern in Auschwitz, der Transport nach Neuengamme, die medizinischen Experimente und schließlich die Ermordung – könne so starke Bedrohungsgefühle hervorrufen, daß bei besonders sensiblen Kindern eine Traumatisierung zu befürchten sei.

Andere Teilnehmer äußerten demgegenüber die Meinung, daß Schüler dieser Altersstufe heute durch Nachrichten und Filme im Fernsehen, manchmal auch durch Erfahrungen im persönlichen Lebensbereich mit Gewalt, Leiden und Tod in Berührung kommen und dadurch auch lernen, mit bedrohlichen, angsteinflößenden Situationen umzugehen und sich seelisch dagegen zu schützen.

Im Verlauf der Diskussion zeigte sich, daß sich in diesen gegensätzlichen Urteilen unterschiedliche Erfahrungen spiegeln, zugleich aber auch der innere Gegensatz, in dem sich die seelische Entwicklung der Kinder dieses Alters vollzieht. Einerseits haben wir es mit Schülern zu tun, die ihren Lehrerinnen und Lehrern oft noch volles Vertrauen schenken und davon abhängig sind, daß sie nicht mit schwer zu verarbeitenden, erschütternden Inhalten überfordert werden. Sie verfügen noch nicht über ausgefeilte Verarbeitungs- und Verdrängungsmechanismen, mit denen sie sich gegen Bedrohungsängste und gegen die Destabilisierung ihres kleinen Selbstbewußtseins schützen könnten. Andererseits sind sie begierig danach, mehr von der Welt zu erfahren, und auch willens, sich aufregenden Themen auszusetzen, besonders dann, wenn sie den Eindruck haben, daß Erwachsenen ihnen etwas vorenthalten, weil sie noch »zu klein dafür« sind. Dazu gehört auch die Begegnung mit Grausamem und Traurigem. Viele der Teilnehmer wiesen auf Gefahren und Probleme hin, die bei der Behandlung des Themas in dieser Altersstufe besonders zu beachten sind.

Manche Schüler scheinen noch zu unreif dazu, sich mit Gewalt und Verfolgung auseinanderzusetzen. Einige der 10- bis 12-Jährigen neigen, zum Teil auch unter »förderndem« Einfluß älterer Geschwister und Freunde, dazu, sich Filme mit schreckens-erregenden, scheußlichen Einzelheiten anzuschauen und die Inhalte ausgiebig und mit leuchtenden Augen Schulkameraden zu erzählen. Letzteres dient offenbar vor allem dazu, sich und anderen zu demonstrieren, welche Gefühle sie aushalten können. Dies ist kein neues Phänomen; Erwachsene seien daran erinnert, daß zum Beispiel viele Märchen, die ihnen in ihrer Kindheit erzählt wurden, nicht nur Schönes und Seltsames, sondern auch grausame Einzelheiten enthielten. Die Zunahme des Angebots derartiger Filme hat dazu geführt, daß Kinder oft früher als noch vor wenigen Jahren in diese Auseinandersetzungsprozesse eintreten. Andererseits lernt eine zunehmende Anzahl von Schülern offenbar erst spät, Fiktion und Wirklichkeit aus-

*Janusz-Korczak-Schule
mit
Rosengarten im
Vordergrund
Quelle:
KZ-Gedenkstätte
Neuengamme*



einanderzuhalten. Es gibt heute unter den 10- bis 12-jährigen Kinder, die, weil sie täglich mehrere Stunden fernsehen, auf Berichte über Verfolgung und Leid im Nationalsozialismus ähnlich reagieren, wie auf einen Horrorfilm, und noch gar nicht in der Lage sind zu ermessen, was die Wirklichkeit damals für die Beteiligten bedeutete. Die Bereitschaft, sich auf Leidvolles und Tauriges einzulassen, erfordert große emotionale Sicherheit. Da die heranwachsenden Kinder sich lieber mit Mut und Stärke identifizieren als mit Belastendem, neigen sie, wenn sie mit Gewalt konfrontiert werden, besonders wenn sie mit ihren Gefühlen allein gelassen werden, manchmal dazu, sich eher in die Rolle der Täter hineinzusetzen. Offenbar haben Kinder aus schwierigen familiären und sozialen Verhältnissen größere Probleme damit, Gefühle des Mitleidens zuzulassen, als solche, die aus wohlbehüteter Umgebung kommen. Ohne vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre sollte ein solches Thema nicht behandelt werden; die Art, wie Kinder in der Schule miteinander umgehen, spielt dabei eine große Rolle.

Die Offenheit und Emotionalität der Kinder verleitet manche Lehrenden dazu, besonders auf die Wirkung von Emotionen zu setzen und sich bei der Auswahl von Materialien darauf zu konzentrieren, daß eine möglichst tiefe Betroffenheit erzielt wird.² Dahinter steht die Vorstellung, daß man, wenn die Schüler genügend »gepackt« werden, den besonders guten Motivationsschub für eine eingehende Behandlung des Themas nutzen kann. Doch wer meint, Filme wie »Schindlers Liste« oder »Das Heimweh des Walerian Wrobel« seien bei geeigneter Nacharbeit für 10 bis 12jährige Schüler einsetzbar, überschätzt die Möglichkeiten schulischer Arbeitsformen. Die damit ausgelösten Gefühle können auch bei großem Bemühen nicht bei jedem Schüler aufgefangen werden.

Schüler haben ein feines Gespür dafür, wenn ihre Gefühle vom Lehrenden dirigiert werden. Das bewußte Einsetzen starker Emotionalität als »Motivationsinstrument« führt bei vielen zu Abwehrgefühlen.

Starke emotionale Identifikation mit den Opfern von Gewalt und Verfolgung ist oft mit rigorosen moralischen Bewertungen verbunden, die als Handlungsorientierung für die Gegenwart leicht zu stigmatisierenden Rollenklischees und unzulässig vereinfachenden politischen Schlußfolgerungen führen. Wenn etwa Juden stets nur in ihrer Rolle als Opfer gesehen werden, steht dies leicht dem übergreifenden Lernziel im Wege, Juden heute nicht nur durch ihre Geschichte, sondern als Menschen mit eigenen kulturellen und religiösen Traditionen in differenzierender Sicht kennenzulernen. Umgekehrt besteht die Gefahr, Klischeevorstellungen über die Täter zu festigen, wenn 10 bis 12jährigen Schülern als Beschreibung der Ursachen der nationalsozialistischen Verfolgung stark vereinfachende Lösungen angeboten werden wie etwa: »Hitler war ein besessener Fanatiker« oder »Die Deutschen haben Hitler an die Macht gebracht, weil er versprach, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen«. Derartige Erklärungsmuster prägen sich oft auf lange Zeit ein und führen zu weit verbreiteten Abwehrhaltungen wie zum Beispiel: »Uns Deutschen wird die Schuld gegeben«, die sich später als schwer korrigierbar erweisen. Ähnlich verhält es sich, wenn Kindern vereinfachende Parallelsetzungen zur Gegenwart nahegelegt werden wie: »Damals waren es die Juden, heute sind es die Türken«. Damit werden Schüler oft in Konfliktsituationen gebracht, die sie stark verunsichern. Im Umgang mit türkischen Nachbarn und Mitschülern machen die Heranwachsenden differenzierte eigene Erfahrungen, denen gegenüber pauschalisierende Belehrungen fehl am Platze sind.

Es ist wichtig, sich von überhöhten Zielvorstellungen zu befreien. Die Beschäftigung mit der Verfolgung im Nationalsozialismus ist kein Allheilmittel gegen unmenschliche Einstellungen und Verhaltensweisen heute.

Sollte man angesichts dieser vielen Probleme und Einwände die Verfolgung im Nationalsozialismus denn überhaupt so früh behandeln? Es führt ja kein Weg daran vorbei, daß das Thema sehr belastend ist und daß man Schülern dieses Alters die politischen Hintergründe der nationalsozialistischen Verfolgung nur vereinfachend erläutern kann. Dennoch wurden im Verlauf der Veranstaltung immer wieder Beispiele dafür genannt, daß es bei reflektiertem, behutsamem Vorgehen möglich ist, sich mit 10- bis 12-Jährigen angemessen mit dem Thema zu beschäftigen.

Auch wenn Schüler dieser Altersstufe die Welt noch gern in Gut und Böse teilen, ist es Aufgabe eines pädagogisch verantwortungsbewußten Unterrichts, ihnen das damalige Geschehen nicht plakativ zu vereinfachen, sondern komplexe Zusammenhänge so nahezubringen, daß späteres differenzierteres Begreifen nicht beeinträchtigt wird. Dazu geeignet sind vor allem Erzählungen, die die damalige Welt auf verschiedenen Ebenen in möglichst vielfältiger Weise lebendig werden lassen. Es gilt, nicht nur die Verfolgung, sondern die ganze Lebenswelt der Menschen damals deutlich zu machen. Es ist zu zeigen, daß die Verfolgten »normale Menschen« waren, die nicht passiv blieben, sondern selbst Handlungsspielräume besaßen und dabei in Entscheidungszwänge gerieten, bei denen ambivalente Folgen abzuwägen waren. Eine dieserart vielschichtige und zugleich konkrete Herangehensweise bietet auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Schüler Anknüpfungspunkte an ihre eigene Lebenswelt finden; denn auch die etwa gleichaltrigen Kinder einer Schulklasse sind in ihrer geistig-seelischen Entwicklung ja meist sehr heterogen und benötigen ihren individuellen Zugang zum Thema.

Diese Bedingungen erfüllen vor allem eine ganze Anzahl von Jugendbüchern. Auch die weite Verbreitung des Tagebuchs der Anne Frank ist sicher unter anderem darauf zurückzuführen, daß Jugendliche darin viele Anknüpfungspunkte zu ihrer eigenen Erfahrungswelt finden.

Auf dem Seminar wurde auch über verschiedene Arbeitsformen berichtet. Kaum geeignet sind rationale Gespräche über Hintergründe, historische Ursachen und andere Zusammenhänge, die vor allem kognitive Leistungen fordern. Vielmehr



*Teilnehmer des
Seminars beim
Pflanzen eines
Rosenstocks im
Rosengarten
Foto:*

Hermann Kaienburg

müssen Arbeitsformen gewählt werden, die es den Schülern ermöglichen, ihre Gefühle auszudrücken, zum Beispiel Gespräche, die dicht an der Erzählung bleiben, aber auch das Betrachten von Bildern und Fotos, das individuelle oder gemeinsame Gestalten von Bildern, tagebuchartigen Aufzeichnungen, Briefen oder anderen Mitteilungen. Wichtig scheint, daß Situationen nicht traurig und ausweglos enden, sondern daß auch Tröstendes und Ermutigendes einbezogen wird.

Ein Ansatz, der in unserer stark kognitiv geprägten Schulwelt oft übersehen oder gar geringschätzig abgetan wird, sind Rituale. Gemeinschaftliche Formen des Andenkens, die mit dem Aufstellen von Blumen, Kerzen und anderen Symbolen der Erinnerung, dem Vortragen von Texten und Gedichten, Liedern und Musik verbunden sein können, geben den Schülern die Gewißheit, daß sie aktiv etwas Positives beitragen können. Auch bei dieser Art des Erinnerns sollte nicht nur Trauer, sondern auch Tröstendes und Hoffnungsvolles ausgedrückt werden: daß es Menschen gab, die den Mut besaßen, gegen den Strom zu schwimmen; daß das Leiden der Menschen damals nicht in Vergessenheit geraten ist und daß sich dergleichen niemals wiederholen darf. Wenn Schüler Abneigung gegen solche Formen der Erinnerung zeigen, sollte die Teilnahme freiwillig sein; verordnetes Andenken darf es nicht geben.

Um an das Schicksal der 20 jüdischen Kinder vom Bullenhuser Damm zu erinnern, wählte die Bremer Pastorin Jutta Blanke folgenden Weg für den Konfirmandenunterricht:

- Der Unterrichtende verteilt an jeden Gruppenteilnehmer eine Rose. An der Rose sind kleine Kärtchen befestigt, auf denen der Name, das Alter und die Herkunft der Kinder steht. Bei mehr als 20 Teilnehmern kann die Geschichte in wenigen Sätzen auf nummerierte Kärtchen geschrieben werden. Die Namensanhänger an den Rosen werden dann der Reihe nach vorgelesen, dann die Karten, auf denen die Geschichte schon angedeutet wird.



*Hamburger
Schulkinder auf dem
Weg in den
Gedenkraum im Keller
der Schule*

*Quelle:
Museum für Hamburgische
Geschichte (Hg.):
Hamburg Porträt,
»Die Kinder vom
Bullenhuser Damm«*



Mania Altmann, 5,
aus Radom



Leika Birnbaum, 12,
aus Polen



Surcis Goldinger, 11,
aus Polen



Riwka Herszberg 7,
aus Zdunska-Wola



Alexander Hornemann,
8, aus Eindhoven



Eduard Hornemann, 12,
aus Eindhoven



Marek James, 6,
aus Radom



W. Junglieb, 12,
aus Jugoslawien



Lea Klygerman, 8,
aus Polen



Georges André Kohn, 12,
aus Paris



Blumel Mekler, 11,
aus Polen



Jacqueline Morgenstern,
12, aus Paris



Eduard Reichenbaum,
10, aus Kattowitz



Sergio de Simone, 7,
aus Neapel



Marek Steinbaum, 10,
aus Polen



H. Wassermann, 8,
aus Polen



Eleonora Witonska, 5,
aus Radom



Roman Witonski, 7,
aus Radom



Roman Zeller, 12,
aus Polen



Ruchla Zylberg, 9,
aus Zawichost

Kinderporträts
Quelle:
Museum für Hamburgi-
sche Geschichte (Hg.):
Hamburg Porträt,
»Die Kinder vom
Bullenhuser Damm«

- Danach kann das Vorhaben vorgestellt werden mit besonderem Hinweis auf den Besuch der Gedenkstätte und des Rosengartens. Anschließend mit der gemeinsamen Lektüre der Kurzfassung beginnen. Wer möchte, kann die Rose mit nach Hause nehmen.³

Beim Besuch einer Gedenkstätte für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung ist zu beachten, daß dort nur begrenzt Zeit vorhanden ist; gerade bei jüngeren Schülern ist gute Vor- und Nachbereitung von zentraler Bedeutung. Wer sich von einem Museumspädagogen oder Mitarbeiter der Gedenkstätte führen läßt, sollte vorher absprechen, welche Schwerpunkte gesetzt werden. Am besten ist es, wenn die Lehrenden zuvor selbst an einer Führung teilnehmen. Selbstverständlich können sie die Führung auch selbst in die Hand nehmen.

Die Gefahr zu starker seelischer Belastung jüngerer Schüler, wie sie von einigen Kollegen auf dem Seminar betont wurde, ist nicht immer von der Hand zu weisen. Doch bei vielen Gedenkstätten – so zum Beispiel in Neuengamme – besteht ein so vielfältiges Angebot, daß auch für diese Schüler geeignete Zugänge zu finden sind. Von zentraler Bedeutung ist es immer, die Geschichte durch gutes Erzählen nahezu-bringen. Ein Rundgang zu den geschichtlichen Spuren und Überresten innerhalb und außerhalb der noch erhaltenen Gebäude kann Schülern den Blick dafür öffnen, daß

es keineswegs um völlig vergangenes, weit entferntes Geschehen geht, und daß diese Verbrechen unmittelbar vor unserer Haustür begangen wurden.

Zusammenfassend sei festgehalten, daß die Verfolgung im Nationalsozialismus auch im Unterricht der Klassen 5 bis 7 als Thema seinen Platz haben kann und sollte. Voraussetzung ist eine gute Auswahl der Arbeitsmaterialien und behutsames Vorgehen. Oft bietet es sich an, auf Fragen von Schülern einzugehen, aber dies ist keine unverzichtbare Bedingung; denn durch Medien und Elternhaus bringen heute alle Kinder dieses Alters bruchstückhafte Kenntnisse über den Nationalsozialismus mit, an die man anknüpfen kann. Jeder Lehrende muß sich dessen bewußt sein, daß die Behandlung des Themas mit starker emotionaler Beteiligung verbunden ist. Beklemmung, Wut, Angst und Empörung über das begangene Unrecht sind normale Reaktionen, die durch geeignete Arbeitsformen aufgefangen werden müssen. Aus dem Auftreten von abwehrenden Gefühlen von Schülern gegen Leid und Verfolgung sollte kein Lehrender den Schluß ziehen, er habe etwas falsch gemacht. Auch dies ist ein normales Anzeichen starker emotionaler Involvierung. Es ist weder möglich noch sinnvoll, Kinder gänzlich vor Ängsten zu bewahren. Diese gehören zur seelischen Entwicklung der Heranwachsenden unverzichtbar hinzu. Den Schülern sollten auch Wege vermittelt werden, mit dem furchtbaren geschichtlichen Erbe umzugehen und aktiv etwas dazu beizutragen, daß das Schicksal der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung nicht in Vergessenheit gerät.

Jeder Lehrende, der sich in Klasse 5 bis 7 an das Thema heranwagt, muß aber auch im Blick behalten, daß bei unsensiblen Vorgehen und Übersättigung leicht abwehrende Einstellungen bei den Schülern auftreten können. Ziel muß es sein, das Interesse nicht zu verschütten, sondern möglichst lange wachzuhalten. Letztlich kommt es darauf an, den Kindern im Laufe ihres Schulbesuchs eine breite, differenzierte Beschäftigung mit der Verfolgung im Nationalsozialismus zu ermöglichen.

*Hermann Kaienburg ist
Lehrer und Historiker
und promovierte 1989
über die Geschichte
des KZ Neuengamme.
Er ist freier Mitarbeiter
des Instituts für
Lehrerfortbildung in
Hamburg und arbeitet
z.Zt. an einem
Forschungsprojekt
über die
Wirtschaft der SS.*

Anmerkungen

- 1 Vgl. neuerdings dazu: Ido Abram/Matthias Heyl: Thema Holocaust. Ein Buch für die Schule, Reinbek 1996, S.127–136.
- 2 Der Begriff »Betroffenheit« hat in der Diskussion um das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder eine Rolle gespielt. »Betroffenheitspädagogik« wird gemeinhin abgelehnt. Doch die Diskussion hat mehr Verwirrung als Klarheit gestiftet, da der Begriff »Betroffenheit« mit unterschiedlichen Bedeutungen verwendet wird. Das Bekenntnis, »betroffen« zu sein, wird oft im Sinne emotionalen Berührtseins gebraucht. Zeitgenossen, die Emotionen als störend empfinden, sehen in dem Ausdruck inzwischen eher Anzeichen eines narzistischen Bedürfnisses nach Selbstdarstellung. Bisweilen wird der Begriff auch verwendet, um jegliche Involvierung von Emotionen im Unterricht abzulehnen, da sie die Offenheit im Umgang mit dem Thema beeinträchtigt. Wegen dieser Sprachverwirrung werden im folgenden andere Ausdrucksweisen gewählt.
- 3 Vgl. »Die Kinder vom Bullenhuser Damm«, Informationen und Materialien für Schule, Kirche, Jugendgruppen, Hg.: J. u. R. Blanke, Bremen.